Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1920 Nr. 18 — Jahrgang 213

Bezugspreis: für hiesige und auswärtige Bezieher monatlich Mk. 2,00, vierteljährlich Mk. 6.00 frei Haus. Durch die Post bezogen zuzüglich postal. Bestellgeld.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. Fernruf Zentrale 7801. abends von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610. — Postscheckkonto: Leipzig 20512

Montag-Ausgabe

Montag, 12. Januar

Anzeigenpreis: Die 5gesp. 34 mm breite mm-Grundzeile 30 ₰. Die 3gesp. 90 mm breite mm-Reklamezeile 1,50 ℳ. Rabatt nach Tarif. Erfüllungsort Halle-Saale.

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst Nr. 6290

Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag und Druck von Otto Thiele, Halle-Saale

Neueste Tagesnachrichten

* Die Regierung hat gegen die weitere Ausdehnung des Eisenbahnerstreiks in Westdeutschland scharfe Maßregeln ergriffen und zum Militärbefehlshaber der betroffenen Regierungsbezirke den General v. Walter ernannt.

* Die interalliierte Kommission und die französische Besatzungstruppe für das schleswigsche Abstimmungsgebiet ist in Kopenhagen eingetroffen. Die Abstimmung findet am 10. Februar statt.

* Nach einer von der Marinekommission eingetroffenen Nachricht ist die Ostseeblockade seit Sonnabend nachmittag aufgehoben. Die ersten deutschen Schiffe sind bereits ausgelaufen.

* Der Eisenbahnerstreik hat gestern sowohl im rheinisch-westfälischen Industriebezirk als auch in Oberschlesien eine Ausdehnung erfahren.

* Der „Post" wird aus Danzig berichtet, daß an der Grenze reguläre litauische Truppen Aufstellung nehmen, die zumeist unter Führung englischer Offiziere stehen.

* Die polnische konstituierende Versammlung in Warschau beschloß für die ehemaligen preußischen Landesteile eine umfangreiche Steueramnestie.

Dringende Mahnung an die Eisenbahner

Eine Kundgebung der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung.

Berlin, 12. Januar.

Folgende gemeinsame Kundgebung der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung wird mitgeteilt:

Der Tag des Friedensschlusses, mit dem die Zeit der schwersten Lasten und Leistungen für uns anbricht, trifft Deutschland inmitten einer neuen Streikbewegung. Die Eisenbahnen stehen in vielen Teilen des Vaterlandes still. Manche Städte sind ohne Lebensmittelzüge, ganze Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Was wir in dem unglücklichen Wien schaudernd mit erleben, ein Massensterben der Säuglinge und der Greise kann auch bei uns ausbrechen, wenn kein Milchzug mehr in die Stadt kommt. Und warum?

Nicht weil die Eisenbahner jetzt noch unter dem Zwang der Not einen wirtschaftlichen Kampf auszufechten haben. Der von ihnen verlangte Tarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Januar gelten. Die Tarifverhandlungen sind im besten Gange und werden von beiden Parteien in voller Einmütigkeit geführt. In einzelnen Direktionsbezirken sind die Stundenlöhne bereits durchschnittlich um 1 Mark erhöht, eine ähnliche Erhöhung steht für die übrigen Bezirke in Aussicht. Der Beamtenschaft ist eine Teuerungszulage von 150 Prozent bereits zugesagt, das heißt eine Mehrbelastung von mehreren Milliarden, eine Verschärfung der Friedenstarife für Personen und Güter.

Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente außerhalb der Organisationen führen aber den politischen Kampf gegen das Volk auf Kosten des Volkes, sie wollen das Volk zermürben durch Hunger, Kälte und Tod.

Und die Folgen nach außen? Der Friedensschluß stellt uns vor schwere Pflichten. Die Besatzungstruppen der Entente sind in die Abstimmungsgebiete zu transportieren. Kohlen, Maschinen, Heeresgerät, Milchkühe und vieles andere sind abzuliefern, alles in bestimmten knapp bemessenen Fristen. Bleiben wir mit unseren Vertragspflichten im Rückstand, so drohen uns neue Repressalien und Belastungen. Darf die endlich erreichte Heimkehr unserer kriegsgefangenen Brüder, die seit gestern abtransportiert werden, auch nur um eine Stunde verzögert werden? Wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen solches frevelhafte Spiel gefallen lassen? Nein, die preußische und die Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: Laßt Euch diese tödliche Bedrohung nicht bieten. Steht zur Regierung, die dieser gewissenlosen Erschütterung mit allen, auch den strengsten Maßnahmen entgegentreten wird. Der neue Tarifvertrag erfordert für die Allgemeinheit kaum erschwingliche Mittel. Damit ist die Grenze erreicht. All die wilden Forderungen wilder außerhalb der Organisationsleitungen stehender Agitatoren, vor allem auch Bezahlung der Streiktage, sind ein für allemal abgelehnt.

Die preußische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahner im Namen und im Interesse des gesamten Volkes dringend auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder weitere Streiktag zieht den Hungerriemen der gezwungenermaßen feiernden Arbeiter enger und beschwört außen- und innerpolitisches Elend herauf. Laßt nicht weiter mit Euch spielen. Jagt die Verführer von Erch, macht Euch nicht mitschuldig am Unglück Eurer Nachbarn und Arbeitsgenossen. Denkt an die 400 000 Kriegsgefangenen, die Euer Vorhaben an der Schwelle der Heimat von Frauen und Familie ausperrt.

Wir werden mit aller Macht und allem Nachdruck diese Folgen zu verhindern suchen. Wo es nottut, wird auf Grund des Paragraphen 48 der Reichsverfassung der Ausnahmezustand verhängt. Es geht nicht um Partei oder Politik, es geht um das Dasein von uns allen. Wer das Leben seines Volkes will, kämpft mit uns gegen die Zerstörung.

Der letzte Unterzeichnungsakt

Paris, 10. Januar.

Nach der Unterzeichnung des Zusatzprotokolls vom 1. November begaben sich die beiden deutschen bevollmächtigten Delegierten sowie die Ministerpräsidenten Clemenceau, Lloyd George und Nitti und der japanische Botschafter Matsui nach dem Uhrensaal. Hier waren die bevollmächtigten Vertreter der Mächte, die bis jetzt den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert hatten, versammelt; außerdem die Minister Kloß, Tardieu, Leygues sowie Jules Cambon, die englischen Minister Lord Curzon, Balfour und der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Scialoja. Von Belgien war anwesend der Minister für auswärtige Angelegenheiten Hymans. Ministerpräsident Clemenceau eröffnete die Sitzung und lud zur Unterzeichnung des ersten Protokolls über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden ein. Zuerst unterzeichnete Ministerialdirektor v. Simson, hierauf Freiherr v. Lersner, und nach ihnen der Reihe nach Lloyd George, Clemenceau, Nitti, Matsui, Hymans sowie nach alphabetischer Anordnung die Vertreter der kleineren alliierten Staaten.

Nachdem Clemenceau unterzeichnet hatte, begab er sich zu den deutschen Delegierten und erklärte ihnen wörtlich: „Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß noch heute abend der Befehl zur Heimsendung der deutschen Gefangenen unterschrieben wird." Nachdem alle Bevollmächtigten unterzeichnet hatten, ergriff Ministerpräsident Clemenceau das Wort und erklärte, daß nunmehr nach Austausch der Ratifizierungsurkunden und Errichtung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifizierungsurkunden der Friedensvertrag in Kraft getreten sei, und daß die sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen erfüllt werden müßten. Hierauf schloß er die Sitzung. Die Zeremonie dauerte acht Minuten. Der Friede ist um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags in Kraft getreten.

Die Fristen der Vertragsausführung

Die Bedeutung des Datums der Ausfertigung des ersten Protokolls über die Niederlegung der Ratifikationsurkunden Deutschlands und dreier alliierter Hauptmächte erhellt erst aus folgenden Bestimmungen am Schluß des Friedensvertrages von Versailles: „Mit der Errichtung dieses ersten Protokolls tritt der Vertrag zwischen den vertragschließenden Teilen, die ihn auf diese Weise ratifiziert haben, in Kraft. Dieser Zeitpunkt gilt zugleich als der Zeitpunkt des Inkrafttretens bei Berechnung aller im Vertrage vorgesehenen Fristen. In jeder anderen Hinsicht tritt der Vertrag für jede Macht mit der Niederlegung ihrer Ratifikationsurkunde in Kraft." Aus diesen Zeilen ergibt sich die Einschränkung, mit der die folgende Anfangsbestimmung des Friedensvertrages jetzt Geltung erlangt hat: „Mit dem Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrags nimmt der Kriegszustand ein Ende. Von diesem Augenblick an werden unter Vorbehalt der Bestimmungen des gegenwärtigen Vertrags die amtlichen Beziehungen der alliierten und assoziierten Mächte mit Deutschland und den einen oder anderen der deutschen Staaten wieder aufgenommen."

Ueber die einzelnen sofort oder später in Kraft tretenden Bestimmungen werden wir in der folgenden Ausgabe berichten.

Der Wortlaut des Friedensprotokolls

Das Protokoll, das am Sonnabend nachmittag unterzeichnet wurde, hat im Originaltext folgenden Wortlaut:

Protokoll betreffend die Niederlegung der Ratifikation über den Friedensvertrag, unterzeichnet am 28. Juni 1919 in Versailles, zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, dem Britischen Reich, Frankreich, Italien und Japan (den alliierten und assoziierten Hauptmächten), Belgien, Bolivien, Brasilien, Cuba, Ecuador, Griechenland, Guatemala, Haiti, Hedschas, Honduras, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, dem Serbo-Kroatisch-Slowenischen Staat, Siam, dem Tschecho-Slowakischen Staat und Uruguay, welche mit den obigen Hauptmächten die Alliierten und Assoziierten Mächte bilden, einerseits und Deutschland andrerseits, sowie über die folgenden Abkommen: das am gleichen Tage von ebendenselben Mächten unterzeichnete Protokoll, das gleichzeitige Uebereinkommen zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Belgien, dem Britischen Reich, Frankreich und Deutschland über die Besetzung der rheinischen Gebiete.

In Ausführung der Schlußklauseln des am 28. Juni 1919 zu Versailles unterzeichneten Friedensvertrages sind die Unterzeichneten im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten in Paris zusammengetreten, um zum Vollzug der Ratifikationen zu schreiten und sie der Regierung der Französischen Republik zuzustellen. Die Ratifikationsdokumente beziehungsweise die Notifizierung ihrer Zusendung durch die vier alliierten und assoziierten Hauptmächte, nämlich: Großbritannien für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Uebereinkommen, Frankreich für den Friedensvertrag, das Protokoll und das Uebereinkommen, Italien für den Friedensvertrag und das Protokoll, Japan für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden) und durch die anderen alliierten und assoziierten Mächte, Belgien für den Friedensvertrag und das Protokoll und das Uebereinkommen; Bolivien für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später zugestellt werden), Brasilien für den Friedensvertrag und das Protokoll, Guatemala für den Friedensvertrag und das Protokoll, Panama für den Friedensvertrag und das Protokoll (das Vertragsinstrument wird später überreicht werden), Peru für den Friedensvertrag und das Protokoll, Polen für den Friedensvertrag und das Protokoll, Siam für den Friedensvertrag und das Protokoll, die Tschecho-Slowakei für den Friedensvertrag und das Protokoll, Uruguay für den Friedensvertrag und das Protokoll sowie Deutschland für den Friedensvertrag das Protokoll und das Uebereinkommen sind vorgelegt und, nachdem sie nach einer Prüfung für richtig und in Ordnung befunden worden sind, der Französischen Republik anvertraut worden, um in ihren Archiven aufbewahrt zu bleiben. Gemäß den Bestimmungen der vorerwähnten Schlußklauseln wird die Französische Regierung den vertragschließenden Mächten von der Niederlegung der weiterhin von denjenigen Staaten vollzogenen Ratifikationsinstrumente Nachricht geben, die Unterzeichner des erwähnten Vertrages, Protokolls und Uebereinkommens, aber nicht in der Lage gewesen sind, bis heute diese Formalität auszuführen. Des zum Zeichen haben die Unterzeichneten das vorliegende Protokoll aufgesetzt und ihm ihre Siegel angelegt.

Geschehen zu Paris, den 10. Januar 1920, um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags (folgen die Unterschriften).

Clemenceaus Schreiben

Der Text des Schreibens, das Clemenceau am Sonnabend nachmittag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden dem Freiherrn von Lersner übergab, hat folgenden Wortlaut:

Paris, 10. Januar 1920.

Herr Präsident!

Nachdem das in der Note vom 2. 11 vorgesehene Protokoll von den bevollmächtigten Vertretern der deutschen Regierung anerkannt ist und demgemäß die Ratifikationen des Friedensvertrages von Versailles niedergelegt sind, ergreifen die alliierten und assoziierten Mächte die Gelegenheit, der deutschen Regierung zu wiederholen, daß sie, obgleich sie die Wiedergutmachung für die versenkten Schiffe von Scapa Flow aufrechterhalten, nicht die Absicht haben, die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu beeinträchtigen. Sie bestätigen dieshezüglich durch gegenwärtiges Schreiben die Erklärungen, die der Generalsekretär der Friedenskonferenz am 23. 12. dem Präsidenten der deutschen Delegation mündlich abgegeben hat.

Diese Erklärungen sind folgende:

1. Der Generalsekretär ist durch den Obersten Rat ermächtigt worden, der deutschen Delegation zu versichern, daß die interalliierte Kontrollkommission und die Wiedergutmachungskommission sich mit größter Sorgfalt an die in der Note vom 8. 12. bezüglich der Wohnung der wirtschaftlichen Lebensinteressen enthaltenen Zusicherungen halten werden.

2. Die Sachverständigen der alliierten und assoziierten Mächte, in der Erwägung, daß ein Teil der Erhebungen auf die sie ihre Forderungen von 400 000 Tonnen Schwimmdocks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern gestützt haben, in gewissen Einzelheiten ungenau sein könnten, sind der Ansicht, daß ihnen bezüglich der in Hamburg befindlichen 80 000 Tonnen Schwimmdocks ein Irrtum unterlaufen sein könnte. Wenn die Untersuchungen, zu denen die interalliierte Kontrollkommission schreiten wird, erwiesen haben, daß wirklich ein Irrtum vorgekommen ist, so sind die alliierten und assoziierten Mächte bereit, die Forderungen entsprechend herabzusetzen, derart, daß sie auf 300 000 Tonnen in runder Zahl oder sogar darunter gehen werden, wenn die Notwendigkeit der Herabsetzung durch dringende Gründe erwiesen wird. Den bevollmächtigten Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte müssen dabei alle Erleichterungen gewährt werden, um ihnen zu gestatten, die erforderlichen Erhebungen zur Nachprüfung der deutschen Angaben zu machen, bevor irgendwelche Herabsetzung der allgemeinen Forderung durch die alliierten und assoziierten Mächte gestattet werden kann.

3. Die alliierten und assoziierten Regierungen, indem sie sich auf den letzten Paragraphen des Friedensvertrages, der ihre Antwort enthält, beziehen, sind nicht der Meinung, daß die Versenkung der deutschen Schiffe in Scapa Flow an sich ein Kriegsverbrechen sei, das nach Artikel 228 des Friedensvertrages politische Strafen verfiebt. Andererseits bemerken die assoziierten und alliierten Mächte, daß sie, die wirtschaftlichen Lebensinteressen nicht außer acht lassend, eine Forderung auf 400 000 Tonnen gestellt haben, welche Forderung auf einem von ihnen aufgestellten Inventar beruht.

Die deutschen Sachverständigen haben ein Verzeichnis abgeliefert, das eine kleinere Ziffer enthält und das nachgeprüft werden wird. Demgemäß werden von den 400 000 Tonnen schwimmenden Docks, schwimmenden Kränen, Schleppern und Baggern, deren Ablieferung die Alliierten verlangen, alle Schwimmdocks abgezogen, die nach der Ueberprüfung als ein Irrtum in den Verzeichnissen der Alliierten stehen (und die daher nicht bestehen). Immerhin soll diese Herabsetzung 125 000 Tonnen nicht überschreiten. Die alliierten und assoziierten Mächte sind überzeugt, daß die 192 000 Tonnen, deren Ablieferung vorgeschlagen wurde, und deren Verzeichnisse anläßlich der Beratungen der Sachverständigenkommission abgeliefert wurden, sofort abzuliefern sind. Für den Rest der abzuliefernden Tonnenzahl, wie sie von der Wiedergutmachungskommission bestimmt werden wird, wird der deutschen Regierung eine Frist gewährt, die für die Ablieferung der gesamten Tonnenzahl 30 Monate nicht überschreiten darf.

Genehmigen Sie usw.

(gez.) Georges Clemenceau.

Der Heimtransport der Kriegsgefangenen

Paris, 12. Januar.

In Gegenwart der französischen Delegierten von der Kommission für die Heimschaffung der Kriegsgefangenen machte General Cassouin den deutschen Delegierten Mitteilung über die Einzelheiten des Heimschaffungsplanes, der zur Ausführung gelangt, sobald die deutsche Regierung dem Friedensvertrage gemäß das erforderliche Material geliefert hat. Die Heimschaffung erfolgt über Düsseldorf, Limburg, Mannheim, Offenburg, Basel und Konstanz. Anderseits sind Heimschaffungen auf dem Seewege in Aussicht genommen. Die Heimbeförderung wird auf allen genannten Linien 24 Stunden nach der Ankunft des nötigen Materials beginnen. Man

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001121-10/fragment/page=0001

nimmt an, daß sobald der Plan voll zur Durchführung gelangt, täglich 6 bis 7000 deutsche Kriegsgefangene nach Deutschland zurückbefördert werden können.

Paris, 12. Januar.

General Cassouin erklärt im Echo de Paris, es sei alles bereit zum Rücktransport der deutschen Kriegsgefangenen. Die Transporte könnten schon morgen beginnen, wenn der Befehl dazu gegeben werde. Sie würden etwa 6 Wochen dauern.

Ausnahmezustand im Westen

Berlin, 12. Januar.

Der Reichspräsident erklärt mit Zustimmung des Reichsministeriums eine Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung an die Regierungspräsidenten von Düsseldorf, Arnsberg und Minden, wonach die in Artikel 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Beschränkungen der persönlichen Freiheit usw. zulässig und die vollziehende Gewalt auf den Reichswehrminister übertragen wird. Die Anweisungen des Militärbefehlshaber auf dem Gebiet der Zivilverwaltung erfolgen mit Zustimmung eines Regierungskommissars. Zum militärischen Befehlshaber ist General von Walter zum Regierungskommissar Reichskommissar Severing ernannt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Gleichzeitig untersagt eine Verordnung des Militärbefehlshabers die Stillegung lebenswichtiger Betriebe, also der öffentlichen Verkehrsmittel, sowie den Anlagen für Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle.

Die Streiklage

Elberfeld, 11. Januar.

Unter den streikenden Eisenbahnernmacht sich gegenwärtig eine sehr radikale Strömung geltend, die die Einstellung der Notstandsarbeiten (O-Züge, Lebensmittel- und Milchzüge) verlangt, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen.

Düsseldorf, 10. Januar.

In einer von mehreren tausend Eisenbahnern besuchten Versammlung wurde heute abend mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, den Streik fortzuführen, da der Verdacht bestehe, daß nach Wiederaufnahme der Arbeit die Verhandlungen in Berlin sich in die Länge ziehen würden. Um den Forderungen der Eisenbahner Nachdruck zu verleihen, wurde verlangt, auch die Kohlenzufuhren für das städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk einzustellen. Die Streikleitung ist zu Verhandlungen nach Berlin berufen worden.

Beuthen, 10. Januar.

Die Streiklage bei den Eisenbahnern hat sich seit Freitag verschärft. Heute vormittag sind die Arbeiter von Beuthen, Ratibor, Kandrzin und anderen Orten in den Ausstand getreten, obwohl die Eisenbahnverwaltung sich zu Beratungen mit den Arbeitern bereit erklärt hat. Die Zentralleitung der Gewerkschaft hat den Streik für unberechtigt erklärt und die Beamtenorganisation hat eine Beteiligung abgelehnt.

München, 10. Januar.

Die Montag eintretenden Beschränkungen im bayerischen Bahnverkehr sollen laut „Münchener Neuesten Nachrichten" nach einer Woche wieder aufgehoben werden.

Der Streikabbruch im Versicherungsgewerbe

Berlin, 12. Januar.

Wie bereits in unserer gestrigen Sonntagsausgabe gemeldet, hat sich der Zentralverband der Angestellten nach Sonnabend in den späten Abendstunden entschlossen, auf Grund der beiderseitigen Erklärungen den Streik abzusagen. Die sofort auf Grundlage des alten Tarifs einzuleitenden Tarifverhandlungen werden noch am heutigen Montag, nachmittags 3 Uhr, beginnen.

Der plötzliche Abbruch des Streiks durch den Zentralverband hat zu stürmischen Auseinandersetzungen anläßlich einer gestern abgehaltenen Obleutevversammlung des Zentralverbandes geführt. Dr. Vollbrecht, der einzige, der von der Verbandsleitung erschienen war, referierte über die Beweggründe, die den Verband veranlaßt haben, den Streik abzubrechen. Man hätte den Streik abbrechen müssen, weil er sonst im Reich am Montag ohnehin zusammengebrochen wäre. Aus Gotha sei eine glatte Absage eingetroffen, in Magdeburg, Erfurt und Hannover wäre die Situation auch nicht günstiger gewesen. Deshalb mußte der Kampf abgebrochen werden, um nicht alles zu verlieren, sondern Teilerfolge zu retten. Auch in Berlin sei die Zahl der Arbeitswilligen von Tag zu Tag gestiegen. Die Angestellten müßten sich klar darüber sein, daß ihre Position von heute nicht mehr die vom vorigen Jahre sei und kein Streik mit Erfolg durchgeführt werden könne, wenn die Angestellten unter sich nicht einig seien. Der Redner wurde sehr häufig von stürmischen und heftigen Zwischenrufen unterbrochen. In der Diskussion richteten die folgenden Redner die heftigsten Angriffe gegen den Hauptvorstand des Zentralverbandes, dem man Unfähigkeit und Verrat an den Kollegen vorwarf. Schließlich wurde beschlossen, den Streik abzubrechen und am Montag früh die Arbeit in allen Betrieben wieder aufzunehmen.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten und der Gewerkschaftsbund der kaufmännischen Angestelltenverbände hielten gestern gleichfalls getrennte Versammlungen ab. In beiden Versammlungen wurde auseinandergesetzt, daß es lediglich die Schuld des Zentralverbandes sei, wenn man nicht längst so weit sei wie jetzt. Einem Streik, der von vornherein als aussichtslos bezeichnet werden konnte, habe man sich mit allen Mitteln widersetzen müssen. Die Gewerkschaftsbünde haben, solange noch nicht alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft waren, ihre Aufgabe darin gesehen, einen gangbaren Weg zu Verhandlungen zu suchen. Das sei ihnen auch gelungen, und ihrer Arbeit sei es zu verdanken, wenn der Streik nicht zu einer wirtschaftlichen Katastrophe geworden sei.

Die U. S. P. gegen das Betriebsrätegesetz

Berlin, 12. Januar.

Der Bezirksverband der U. S. P. D. hatte für den gestrigen Sonntag eine Reihe von öffentlichen Versammlungen nach allen Teilen der Stadt einberufen, um zu dem bevorstehenden Betriebsrätegesetz in letzter Stunde noch einmal Stellung zu nehmen. Die Redner, zumeist Gewerkschaftsführer, kritisierten in außerordentlich starker Form die Gesetzesvorlage. Sie wiesen darauf hin, daß die Regierung nur den Zweck habe, mit diesem Gesetz das Proletariat in die alte Ohnmacht und Abhängigkeit zurückzuwerfen. Die Redner forderten schließlich die Anwesenden auf, die Arbeitsgenossen über die Machenschaften der Regierung und der arbeiterfeindlichen Parteien aufzuklären, ihre Kraft einzusetzen für die Schaffung revolutionärer Betriebsräte. Sie seien die einzige Waffe, mit der das Kontroll- und Mitbestimmungsrecht in den Betrieben erkämpft, mit der der fluch- und blutbefleckten kapitalistischen Wirtschaft, mit der der Klassenordnung ein Ende gemacht werden könne. Mit einem Hoch auf die russischen Brüder und die Weltrevolution wurden die Versammlungen geschlossen.

Zur Frage der Reichstagsneuwahlen

wird uns von gutunterrichteter parlamentarischer Seite mitgeteilt, daß die Regierung die Zeit unmittelbar nach Pfingsten, also Ende Mai bis Anfang Juni, für die Neuwahlen in Aussicht genommen hat und den Mehrheitsparteien dahingehende Informationen für die Vorbereitungen zum Wahlkampfe gemacht hat. Die Nationalversammlung soll von Mitte Februar bis gegen Ende März und von Mitte April bis zur ersten Maiwoche tagen. Ueber die noch bis dahin zu erledigenden Entwürfe werden demnächst Verhandlungen mit den Regierungsparteien stattfinden. Außer dem neuen Strauß Erzbergerscher Steuerentwürfe soll die Nationalversammlung noch das Wirtschaftsrätegesetz, das Gesetz über das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren und die neue Strafprozeßreform mit ihren Nebengesetzen erledigen. Dazu kommen noch die Wahlgesetze für den Reichstag, die Wahlkreiseinteilung, das Präsidentenwahlgesetz und einige kleinere Gesetze (Filmgesetz und andere). Die Regierung hofft dieses Material bis Anfang Mai von der Nationalversammlung erledigt zu sehen. Zwischen der Auflösung der Nationalversammlung und den Neuwahlen sollen höchstens vier bis fünf Wochen liegen, um die Wahlkämpfe nicht zu sehr auszudehnen. Bis Ende Juni möchte die Regierung den Waslakt spätestens beendet haben.

Der Volksstimme ins Stammbuch

Uns wird geschrieben:

Sie hat ganz recht, die Dame „Volksstimme", daß es sich nicht lohnt, sich mit ihr auseinanderzusetzen, weil sie aus Angst vor ihren Lesern nichts davon bringen darf. Sie will den politischen Gegner nicht anhören; lieber kämpft sie unehrlich und verdreht ihm das Wort im Munde.

Es ist mir nicht eingefallen, die Deutschnationalen der fortschrittlichsten Ideen zu beschuldigen! Was bei diesem Superlativ herauskommt, gibt denn doch zu denken! — „Da seht Ihrs, Genossen", wird die Dame jetzt schreiben, „Herr —nn gibt selber zu, daß die Deutschnationalen Reaktionäre sind." Nichts da; weil Sie, geehrte Dame, unter „Reaktionär" verstehen erstens mal Menschen, die mit Gewalt die jetzige Regierung beseitigen wollen, deshalb werie ich den Vorwurf in diesem Sinne zurück. Und zweitens, weil Sie unter „Reaktionär" alles das verstehen, was sie als Demagogie den schaudernden Arbeitern aufbinden! Lesen Sie z. B. das Hergtsche Ordnungsprogramm, das bis in die Reihen der Mehrheitsgenossen wenigstens in einzelnen Punkten Zustimmung gefunden hat, oder müssen wir feststellen, daß Sie — im Gegensatz zu uns — aus den Ereignissen der letzten zwei Jahre nichts gelernt haben?

Sie können aber nicht sachlich erwidern, denn sie wollen „auf den Sermon" nicht eingehen.

Ich habe keinerlei Beschwerde geführt darüber, daß die Deutschnationalen nicht zur Mitarbeit herangezogen werden. Mir sind die Worte, mit denen Oberst Reinhardt seinen Abschied verlangt, sehr sympathisch. Vielmehr habe ich gesagt, daß alle Ermahnung der Regierung zur Einigkeit usw. nicht geglaubt werden, so lange sie weiten und kenntnisreichen Volksteilen durch grobe Beleidigung und fortgesetztes Vordenkopf-Stoßen die Arbeit am Vaterlande unmöglich macht. Es ist also nichts mit der „faustdicken Unlogik und Gemeinheit" (aber Dame Volksstimme!); Ihre Regierung wünscht alles Volk herbei und jammert, wenn ihre Basis immer schmäler wird. Sie hat sich das aber selbst zuzuschreiben, wenn sie die Hilfe, die sie erst rief und bitter nötig hat, zurückstößt durch knotiges Benehmen. Oder ringen die Genossen-Minister nicht die Hände über die Aufführung der hohen, aber neuen Regierungsbeamten, die sich benehmen wie der Stier im Porzellanladen? Fragen Sie mal an in Frankfurt a. O. oder in Kattowitz oder Magdeburg!

„Betrüger und Dieb!"; das hat offenbar weh getan. Bitte, verehrte Dame, lesen Sie mal recht aufmerksam die Rede des Obergenossen Müller nach, vielleicht gehen Sie dann in sich.

Abgesehen von der „Gemeinheit", die Ihnen, verehrte Dame Volksstimme, gebührend zurückzugeben mir leider nicht möglich ist, weil man immer besser tut, im Ton gegenseitiger Hochachtung miteinander zu verkehren, glauben Sie nur ja nicht, daß Sie durch Ihr Schimpfen und Ihre Unsachlichkeit in meiner Hochachtung gestiegen sind! Es könnte aber eines schönen Tages geschehen, daß ich gezwungen wäre, Ihnen sehr unliebsame Dinge vorzubringen, wenn Sie sich freiwillig Ihrer Würde entkleiden.

„So eine Art von Politik richtet sich von selbst."

Herr—nn.

Volkswirtschaft

Die Arbeit der Notenpresse

Nach dem letzten Reichsbankausweis stieg der Banknotenumlauf in einer Woche wiederum um 1571,8 Mill. Mk. auf 35 698,4 Millionen Mark und der Umlauf an Darlehnskassenscheinen um 188 Millionen Mark auf 13 781,2 Mill. Mk. An Reichskassenscheinen wurde ein kleiner Betrag, nämlich 6,2 Millionen Mark, neu dem Verkehr zugeführt, während die Vorräte an Gold und Scheidemünzen fast unverändert geblieben sind. Der Darlehnskassenbestand bei den Darlehnskassen stieg in der Berichtszeit infolge erheblicher Neuausleihungen um 703,8 Millionen Mark auf 24 894,9 Millionen Mark. Ein dieser Zunahme entsprechender Betrag an Darlehnskassenscheinen floß in die Kassen der Reichsbank, die ihrerseits, wie oben erwähnt, 188 Millionen Mark an solchen Scheinen neu verausgabte. Die eigenen Bestände der Bank an Darlehnskassenscheinen wuchsen um 520,5 Millionen Mark auf 10 993,3 Millionen Mark an.

*

Rostiger Zucker-Raffinerie in Rostk S.-A. Die heute hier abgehaltene ordentliche Generalversammlung, in der ein Kapital von 919 000 Mark vertreten war, genehmigte ohne jede Erörterung die Jahresrechnung von 1918/19, erteilte die Entlastung und setzte die sofort zahlbare Dividende auf 14 Prozent fest. Ueber die Aussichten für das laufende Jahr lasse sich, wie der Vorsitzende, Generalkonsul Eugen Landau ausführte, heute nichts sagen. Die Aufwendungen für die Löhne, Kohlen und alle Materialien steigen andauernd weiter und das Rohprodukt wird von Tag zu Tag knapper. Man könne sich daher nur darauf beschränken, die Hoffnung auszusprechen, daß die Verhältnisse bald eine Wendung zum Besseren nehmen möchten.

Berlin-Anhaltische Maschinenbau-A.-G. zu Berlin. Die Hauptversammlung genehmigte die Kapitalerhöhung um 6 auf 18 Mill. Mk. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar 1920 ab an der Dividende teilnehmen, werden von einer unter Führung der Berliner Handelsgesellschaft stehenden Gruppe zu pari übernommen mit der Verpflichtung, davon 4 Mill. Mk. den Besitzern alter Aktien im Verhältnis von 3:1 zum Kurse von 110 Prozent anzubieten und die restlichen 2 Mill Mk. für Rechnung der Gesellschaft bestmöglichst zu verwerten, wobei dem Konsortium eine Gewinnbeteiligung gewährt wird. Zur Begründung vermies der Vorsitzende auf die Steigerung der Löhne und der Preise für alle Betriebsmaterialien. Ueber das Ergebnis für 1919 wurden Mitteilungen nicht gemacht.

Neue Anleihe der Stadt Gera. Die Gemeindevertretung der Stadt Gera beschloß eine Anleihe von 25 Mill. Mark aufzunehmen. Davon übernahm bereits 6 Mill. Mark zu 4 Proz. die Magdeburger Lebensversicherungs-Gesellschaft zum Kurse von 92 Proz.

Stadttheater in Halle

„Cavalleria rusticana" — „Bajazzo".

Alle Hoffnungen, die einst auf den aus Italien hereinbrechenden musikdramatischen Verismus gesetzt wurden, sind in nichts zerstoben. Als einzige Denkmäler jener vor etwa dreißig Jahren geschaffenen Ausdrucksform sind übrig geblieben „Cavalleria rusticana" von Pietro Mascagni und „Der Bajazzo" von Ruggiero Leoncavallo. Beide keine Meisterwerke, beide aber Musikbeispiele der ganzen Gattung. Daß sie nun, da der Weltkrieg scheinbar vorbei ist, aus der dunklen Ecke, in die man sie gesteckt hatte, wieder hervorgeholt werden, ist bezeichnend für den Betrieb unserer Theater. Daß sie überall mit strahlenden Gesichtern wieder aufgenommen werden, ist beschämend für unser deutsches Volk, dessen künstlerische Vorurteilslosigkeit offenbar mehr und mehr in barre Urteilslosigkeit übergeht. Was Großes ist denn an diesen beiden blutrünstigen Schmarren, die dem ehrlichen Musikfreund von Winter zu Winter widerwärtiger werden, zu bewundern? Handlung und Musik in beiden Opern sind nur für das triebmäßige Genießen der breiten Masse berechnet. Das schwächere der beiden Werke ist zweifellos der „Bajazzo". Trotzdem uns der gute Leoncavallo im Prolog versichert, daß er aus dem Leben „schaurige" Wahrheit schöpft, scheitert er kläglich bei dem Versuch, die Wirklichkeit für die Bühne zu gewinnen. Viel geschickter ist seine Musik aufgemacht. Sie ist zwar in der Erfindung nicht gerade allzu selbständig, verfügt aber über eine die Ohren kitzelnde Melodik und Instrumentation. Mascagni hat den Zufall, der ihm ein trefflicher, in zielsichere Steigerung auslaufender Textbuch in den Schoß warf, mit aller ihm zu Gebote stehenden Begabung ausgenutzt. Seine Musik klingt oft abtötend roh, aber sie hat dramatischen Zuschnitt und meist eigenes Rückgrat. Daß sie gelegentlich in platten Redensarten schwelgt, macht sie dem großen Haufen nur um so kostbarer.

Beide italienische Opern erschienen auf unserem Theater einen Tag nach der Unterzeichnung des Friedens. Selbstverständlich ein Zufall. Leider kein angenehmer. Vielmehr ein böses Wahrzeichen für die Fremdherrschaft, die unserem Volk von jetzt an auferlegt ist. So kurz beide Opern sind, soviel Ansprüche erheben sie auf Mittel der Darstellung. Namentlich schieben sie den Chören, die stark an der Handlung beteiligt sind, allerlei heikle Aufgaben zu, deren Lösung einem Provinztheater nur unvollkommen gelingen kann. Am Sonntag abend wurden erfreulicherweise die schwierigen Chorsätze leidlich gut bewältigt; ein Beweis, daß Kapellmeister Oskar Braun, der der Aufführung Schwung und heißen Atem einhauchte, sorgfältig vorgearbeitet hatte. In „Bajazzo" ragte Dina Mahlendorffs Redda über ihre Umgebung hinaus. Obwohl man der Stimme hier und da jugendlichen Glanz hätte wünschen mögen, trug doch die ganze Leistung in Spiel und Gesang das deutsche Gepräge, das nur künstlerisch gefestigte Persönlichkeit zu verleihen mag. Ihr fast ebenbürtig war Oskar Bolz, der dem heißblütigen Canio eine packende Wirkung schuf und in dem Arioso und Lied Bajazzos auch musikalische Werte zu bieten hatte. Für den hämischen Tonio trat Fritz Kerzmann befriedigend ein. Daß er der Kantilene im Prolog an quellender Schönheit des Klanges viel schuldig blieb, ist nicht zu bestreiten. Um die kleineren Rollen bemühten sich mit anerkennenswert Eugen Albert und Georg Westernhagen. In der „Cavalleria" errang als Santuzza dank ihrer leidenschaftlich bewegten Auffassung Bella Fortner-Halbaerth die Gunst des ausverkauften Hauses. Sehr gediegen sang Alfred Ernesti den Turiddu. Die leichtsinnige, gefallsüchtige Lola wurde von Hilde Boß ansprechend verkörpert. Als Alfio genügte Fritz Kerzmann. Das Orchester machte sich um beide Opern verdient. Besonders beifallswürdig wurde das berühmte Intermezzo gespielt, bei dem man übrigens die von früher her gewohnte Mitwirkung einer echten Orgel schmerzlich vermißte. Dr. W. Kaiser.

*

— **Stadttheater.** Heute Montag abend um 7 Uhr gelangt das Singspiel „Hannerl" zur Aufführung. Dienstag „Der Zigeunerbaron". Mittwoch im Zyklus „Das Drama der Jugend in Deutschland" Uraufführung „Das Paradies", Tragödie von Hans J. Rehfisch. Donnerstag „Tristan und Isolde". Freitag „Martha". Sonnabend „Das Paradies". Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Kameraden". Sonntag abend „Tristan und Isolde". — Von der Leitung des Stadttheaters wird uns mitgeteilt, daß Kammersänger Oskar Bolz auf drei Wochen zu einer Reihe von Gastspielen nach Freiburg i. B. eingeladen ist. An seiner Statt ist Kammersänger Walter Kirchhoff aus Berlin für die Partie des Tristan am 15. und 18. Januar in „Tristan und Isolde" verpflichtet worden.

— **Der Klavierabend von Paul Schramm** am nächsten Donnerstag im Mozartsaal begegnet, wie uns mitgeteilt wird, lebhaftem Interesse, das durch die Beliebtheit des Pianisten wie durch sein Programm, aus welchen nur die Beethoven-Tuneie op. 31 Nr. 3 und die wundervollen Händel-Variationen von Brahms hervorgehoben seien, erklärlich ist. Karten bei H. Hotkan.

— **Klavierabend G. von Brucken-Fock.** Der als Lehrer des Sternschen Konservatoriums, wie als konzertierender Pianist bestens bekannte junge Künstler (Schüler von Prof. Schnabel) gibt am Freitag, den 16. Januar, im Saal der „Loge zu den fünf Türmen" seinen ersten Klavierabend in Halle. Karten in der Hofmusikalienhandlung von Reinhold Koch.

— **Die Konzertdirektion Siegfried Kummerehl** bringt als erste große Veranstaltung im neuen Jahr am 20. Januar in den Thaliasälen einen Liederabend der gefeierten Altistin des Berliner Opernhauses Emmi Leißner. Näheres s. Anzeige.

— **Prof. Karl Straube geht doch nach München?** Die Angelegenheit der Berufung Prof. Straubes nach München droht, wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, eine für Leipzig sehr bedauerliche Wendung zu nehmen. Der Künstler, der trotz der wirtschaftlich viel besseren Stellung in München, beabsichtigte in Leipzig zu bleiben, rechnet jetzt doch mit einer Uebersiedelung nach München, da die Pensionsverhältnisse in Leipzig zurzeit völlig unzureichend sind. Wir hoffen noch immer, daß auch in dieser Frage eine Lösung gefunden wird, die einen Künstler wie Karl Straube unserer Stadt erhält.

— **Die Leipziger Theaterintendanz.** Nachdem der Intendant der Leipziger städtischen Theater, Geheimrat Dr. Meyer-Waldeck, von seinem Posten zurückgetreten ist, wurde zunächst der Dezernent für die städtischen Theater, Stadtrat Dr. Barthol, beauftragt, die Geschäfte des Intendanten zu erledigen, soweit sie sich auf die gemeinsamen Angelegenheiten der drei Theater und die finanziellen Fragen beziehen. Die rein künstlerischen Geschäfte wurden für die einzelnen Theater dem Operndirektor Professor Lohse (Neues Theater), dem Oberspielleiter Dr. Kronacher (Alles Theater) und dem künstlerischen Leiter Groß (Operettentheater) übertragen. Der Rat der Stadt Leipzig hat nun beschlossen, zurzeit von der Wahl eines neuen Intendanten abzusehen und dem Stadtrat Dr. Barthol die Gesamtleitung der städtischen Theater unter Beibehaltung der künstlerischen Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der drei Leiter der einzelnen Theater weiter zu übertragen. Die wichtigsten Aufgaben, die dem neuen Leiter der städtischen Theater zunächst obliegen, sind die Neuordnung der Theaterverfassung, die Verminderung der Zuschüsse, das Verhältnis zum Bühnenverein und zur Bühnengenossenschaft und die Verhandlungen mit den verschiedenen Ausschüssen der Bühnenangehörigen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001121-10/fragment/page=0002

Dr. Schiele im Deutschnationalen Volksverein

„Neue Sozialpolitik im völkischen Geist"

„Deutscher Morgen! Nicht treffender, nicht bezeichnender konnte diese vom deutschnationalen Volksverein Halle und Saalkreis veranstaltete Vortragsreihe benannt werden, die gestern im dichtgefüllten Thaliasaale mit dem Vortrage von Dr. Georg Wilhelm Schiele „Neue Sozialpolitik im völkischen Geist" eröffnet wurde. Schauen doch weite Kreise unseres Volkes sehnsüchtig nach dem Morgen aus, der unser Vaterland, das noch vor kurzem im vollen Glanze der Mittagssonne erstrahlte, aus der derzeitigen Nacht und Finsternis dem Kraft und Mut spendenden Lichte, der Sonne entgegenführen soll. Einem neuen Deutschland, das sich aus wüstem Trümmerfelde erhebt, wird diese Sonne scheinen. Da gilt es Bausteine zu sammeln, um wieder ein festes Staatsgebäude zu schaffen. Dr. Schiele nannte gestern diese Bausteine, die den neuen Staat in einem unauflöslichen Gebilde zusammenfügen können wie jedem den preußisch-deutschen Staat: Volksheer, Volksschule, Steuerrecht des Staates und völkische Sozialpolitik bzw. Siedlungspolitik.

Der glänzende Besuch des Vortrages, die Aufmerksamkeit, mit der alle Anwesenden den Ausführungen Dr. Schieles folgten, der stürmische Beifall während und am Schlusse des Vortrages bewiesen deutlich, daß die Worte des Redners, der als Volkswirtschaftler und Sozialpolitiker bestens bekannt ist und übrigens auch von der deutschnationalen Volkspartei neben dem Grafen Posadowsky als Reichstagskandidat für unseren Wahlbezirk aufgestellt werden wird, auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Mögen sie denn auch hundertfältige Frucht tragen!

*

Kreisschulinspektor Busse eröffnete die Versammlung und hieß in seinen Begrüßungsworten darauf hin, daß auf die Tage politischen Mißvergnügens und Unbehagens der Lenz kommen müsse und alles neu machen werde. Wir glauben an einen Völkerfrühling — so schloß der Redner — für das deutsche Volk. Wie wir unserem Volke helfen können, das ist das Ziel dieser Vortragsreihe.

Nunmehr ergriff, von den Anwesenden stürmisch begrüßt,

Dr. Schiele-Naumburg

das Wort: Verehrte Parteifreunde! Ist die Politik eine Sache des Herzens oder des Verstandes? Für die meisten unter uns ist die Politik eine Sache des Herzens, der Leidenschaft, der Liebe oder des Hasses, der Ehre, der Treue usw. Mit Recht, denn die Willenskräfte stehen weit über dem, was man politische Einsicht nennt. Aber der Mensch ist so gestaltet, daß er auch das Kluge des Verstandes braucht. Wir befinden uns in einer dunklen Gegenwart, suchen den Weg in eine dunkle Zukunft und sind nur imstande, mit Hilfe des Verstandes eine kurze Strecke dieses Weges zu beleuchten.

Ich will heute zu Ihnen sprechen über innere Politik. Man findet vielfach die Ansicht verbreitet, daß man der äußeren Politik vor der inneren den Vorzug geben müsse. Wenn wir auf unsere Geschichte zurückblicken, namentlich auf die Zeit kurz vor dem Kriege, so sehen Sie deutlich die verhängnisvollen Einwirkungen der inneren Politik auf die äußere. Denken Sie an die Versöhnungspolitik, die da glaubte, mit den Feinden einen ewigen Frieden machen zu können. Diese innere Politik hat auf die gefährlichste Weise eingewirkt auf die äußere in den Stunden, da es um das Höchste ging. Es folgte der Zusammenbruch, es setzte ein die Politik Ebert-Scheidemann, die uns wehrlos und schutzlos gemacht hat. Diese Leute entwaffneten Deutschland, weil sie die Waffen fürchteten aus Gründen der inneren Politik. Das deutsche Volk und Reich gleicht einem todwunden Krieger, der ohnmächtig auf der Erde liegt. Wird er sich jemal wieder aufrichten, jemals wieder die Waffen in die Hand nehmen können? Wird Deutschland jemals wieder die Kraft zu einer äußeren Politik finden? Sie hängt doch ab von der Kraft, die von der inneren Politik kommt. Blicken wir zurück auf unsere Geschichte. 1807 war die preußische Monarchie zusammengebrochen. Da kam ein großer Staatsmann, der Freiherr vom Stein, und schuf innerhalb 8 Monaten ein neues Preußen. Er schuf erst einen nationalen Staat, einen modernen Staatskörper, nach dem Vorbilde des Napoleonischen Reiches, er schuf eine neue Volkswirtschaft, gesunde Finanzen und in wenigen Jahren war dieses Preußen imstande, den Befreiungskampf aufzunehmen. Noch einmal war Preußen in großer Gefahr, und zwar in den 60er Jahren. Damals erschien Bismarck. Er führte den Kampf gegen die Sozialdemokratie erfolgreich durch und baute das Deutsche Reich als das damals modernste und freiheitlichste Staatswesen auf. Nun ist ein Unglück über uns hereingebrochen, so groß, wie es selbst vor 100 Jahren nicht war. Wir sind kein souveräner Staat mehr,

Wir sind eine Satrapie des angelsächsischen Reiches

geworden, unsere Staatsmänner und Organisatoren sind Kerkermeister der Fremdherrschaft. Aber je größer das Unglück, um so härter wird der Stahl sein, der daraus hervorgehen muß. Wir werden uns aus deutschem Geiste heraus von neuem einen Staat bauen müssen und wir werden ihn bauen. Das sind wir schuldig unserer Jugend, die das Alte ja nicht gekannt hat. Ihr müßen wir darlegen, wie es war und was das Ideal dessen ist, was uns auch in Zukunft voranleuchten soll. Aus der Ehrfurcht heraus wird alles Große geschaffen.

Ich will nunmehr versuchen, Ihnen ein Bild des zukünftigen deutschen Staates zu entwerfen. Ich frage zunächst: Was ist der Staat? Kein Volk hat je einen Staat gehabt, der aus dem philosophischen Gedanken, aus der Idee heraus gewachsen ist, wie der monarchische preußische. Ich erinnere nur an den großen Denker auf dem preußischen Königsthrone, der sich als den ersten Diener des Staates bezeichnete. Ich erinnere an die großen Geister vor 100 Jahren, an Fichte, Schleiermacher u. a. Was ist der Staat? Erschrecken Sie nicht über die Antwort. Der Staat ist Kommunismus, ist das Kommunistische, der Staat ist Sozialismus, das Soziale in einem Volke. Kein Staatswesen ist dem Ideale eines sozialen Staates so nahe gekommen wie das preußische Staatswesen, das wir hatten. Welches waren die sozialen Eigenschaften dieses preußisch-deutschen Staates? Zunächst die allerpreußischste: die allgemeine Wehrpflicht. Verteidigung des Vaterlandes, das ist der stärkste nationale Kommunismus. Jener internationale Kommunismus, der von Vaterlandsverteidigung nichts wissen will, das ist der unehrliche Kommunismus und der soll sich verstecken vor dem preußischen Kommunismus. Und wenn ein Volk hinter diesem nationalen Kommunismus zurückbleibt, dann kommt der große Examinator der Völker und prüft das Volk. Haben wir diese Prüfung bestanden? Haben wir gelernt, daß das Volk eine Blutsgemeinschaft sein soll? Vier Jahre hindurch haben wir diese Prüfung bestanden, indem wir uns verteidigten gegen eine Uebermacht von Feinden. Zuletzt aber haben wir versagt. Die allgemeine Wehrpflicht ist der eine Teil der sozialen Eigenschaften des alten Staates, deren wir verlustig gehen sollen nach dem Willen unserer Feinde. Eine zweite soziale Aufgabe des alten Staates war die allgemeine Volksschule oder Volkserziehung. Die allgemeine Volksschule war die Austeilungsstelle der geistigen Produktionsmittel des Volkes. Die materiellen Produktionsmittel, das Kapital, die industriellen Betriebe usw. sind ja nur die Leistungen der geistigen Produktionsmittel. Kein Volk ist diesen Idealen so nahe gekommen wie das deutsche. Wenn nun also Staat gleich Kommunismus ist, ist dann nicht auch der wirtschaftliche Kommunismus berechtigt zur Verteilung der materiellen Produktionsmittel? Ganz gewiß ist der Staat zur Abwendung einer Gefahr, die ihm droht, berechtigt, mir mein Vermögen zu nehmen. Er kann mir auch von meinem Boden nehmen, kurz alles, was der Feind nehmen würde, wenn er ins Land käme. Indessen,

der wirtschaftliche Kommunismus ist nicht berechtigt,

denn der Staat soll nicht verstaatlichen; denn wenn er dies tut, so zerstört er sich selber. Aber der Staat, den wir hatten, hat doch sozialisiert, indem er z. B. die Eisenbahnen verstaatlichte? Ganz gewiß, der preußisch-deutsche Staat ist dasjenige Gemeinwesen gewesen, das am meisten sozialisierte. Aber der gegenwärtige Staat kann dies nicht tun, weil er das Gegenteil von Sozialismus ist. Der gemeine Egoismus bereichert sich, der Staat wird ausgeplündert. Sozialisieren kann nur ein Staat mit intakter Beamtenschaft. Das zukünftige preußische Gemeinwesen, das wir wiederherstellen wollen, wird weit davon entfernt sein, das Ideal des Sozialismus zu erreichen, denn es wird erst das Werkzeug, ein intaktes Beamtentum, wieder schaffen müssen. Also hat der wirtschaftliche Sozialismus seine Grenzen. Der Staat soll zwischen sich und das Materielle stellen die freie lebendige Schaffenskraft seiner Untertanen. Wenn diese Arbeit Früchte getragen hat, soll er von dieser Frucht nehmen, soviel er braucht. Dazu hat er das Steuerrecht, durch Einkommen- und Gemeindesteuern soll er nehmen, was er braucht, auch darüber hinaus, wenn es gilt, die allzugroßen Unterschiede zwischen Arm und Reich zu lindern. Der Staat soll aber dabei stets handeln wie ein guter Gärtner oder Forstmann oder Landwirt: er soll nicht zuviel nehmen, um nicht zu zerstören.

Die andere Art von Kommunismus ist eine Krankheitserscheinung der Kultur. Es ist dies keine Neuigkeit in der Geschichte der Menschheit. Sie wiederholt sich immer, zumal wenn ein Volk den Höhepunkt einer Kulturstufe erreicht hat. Dieser Kommunismus glaubt, der Reichtum der Reichen wäre die Ursache der Armut der Armen und glaubt, durch Gleichmacherei die Lage verbessern zu können. Wir lebten vor dem Kriege in einem gewissen Wohlstande, an dem hatten aber auch die niederen Klassen Anteil. Andererseits wird mit dem Wohlstande der Reichen auch das bescheidene Glück der Armen zerstört. Diesen sozialen Kampf zwischen Armut und Reichtum finden wir immer wieder in der Geschichte, im Perikleischen Zeitalter sowohl als auch in der römischen Geschichte. Eine Folge dieses falschen Kommunismus ist die Hungerkatastrophe in Wien, und wenn es bei uns so weitergeht, so werden wir dieselben Zeiten in Deutschland erleben. Worin unterscheiden sich nun diese beiden Arten von Kommunismus? Der nationale Kommunismus, der preußische Kommunismus fragt: Was schulde ich dem Staate, was schuldet mein Stand dem Staate? Der falsche Kommunismus dagegen fragt: Was schuldet der Staat mir, meinem Stande? Wir waren vor dem Kriege angekränkelt vom Materialismus, es herrschte schon damals der falsche Kommunismus. Wir können den Staat aber nur wieder aufrichten, wenn wir uns fragen: Was schulde ich dem Staate? Jetzt ist die Ausplünderung des Staates Wirklichkeit geworden. Verleugnung des eigentlichen Staatsgedankens unter dem Titel Kommunismus. Es gibt außerdem noch einen christlichen Kommunismus. Wie unterscheidet er sich von jenem? Darin, daß er ein Kommunismus der Liebe und zugleich der Freiheit ist. Wenn jemand eine Villa besitzt und gibt sie aus eigenem Antriebe den Armen, so ist dies christlicher Kommunismus, auch wenn der Betreffende ein Jude ist.

Nun komme ich auf

das Gebiet der Sozialpolitik

zu sprechen. Unsere Sozialpolitik war im Laufe der Jahre krank geworden, hatte von den Idealen eingebüßt, wie sie Bismarck verfolgt hatte. Sie war zu einer schenkenden Sozialpolitik geworden. Alle wahre Sozialpolitik besteht aber nur in einem großen Geschenke, in dem Geschenke der guten Gesetze, welche Kraft und Tüchtigkeit des Menschen einsetzen in den Dienst sozialer Hilfe. Durch die Schuld einer betrügerischen Finanzwirtschaft, wie sie der Staat jetzt treibt, hat die alte Sozialpolitik ihre Kraft verloren. Wir brauchen jetzt eine neue Sozialpolitik, eine Sozialpolitik aus völkischem Geiste. Diesem völkischen Geiste möchte ich gegenüberstellen den falschen sozialen Geist. Der soziale Geist sieht auf einen Teil des Volkes, der völkische auf das ganze Volk. Er sieht nicht nur auf das gegenwärtige Volk, das ihm nur eine Brücke und ein Werkzeug zum Zukünftigen ist, sondern er sieht auch auf das ideale Volk, auf den Staat. Alles Materielle ist ihm nur Werkzeug, um die große Idee der Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Der Deutsche, der bisher neben dem Engländer der Aristokrat unter den Arbeitern war, beginnt ein Wanderarbeiter zu werden, sucht in fremden Ländern Arbeit. Auf dem Gebiete der ausländischen Arbeiterschaft ist früher manches gefehlt worden. Ich habe schon vor 20 Jahren darauf hingewiesen, daß wir im Interesse der Landwirtschaft und des Staatsganzen keine fremden Arbeitskräfte ins Land ziehen dürften. Bismarck hat dies auch nie zugegeben. Nach ihm aber öffneten sich unsere Grenzen den ausländischen Arbeitern. Jetzt erleben wir Einwanderungen von allen Seiten her. Es ist dies ein schlimmes Vergehen in unserer Politik, denn ein Volk soll verbunden sein durch das Band der Blutsgemeinschaft. Wir müssen dann aber auch Siedlungspolitik treiben. Das deutsche Volk ist in den Großstädten krank geworden und muß wieder auf das Land gezogen werden. Es ist nicht zu leugnen, daß nach der französischen Revolution und auch nach den russischen Wirren eine Gesundung des Staates von der ländlichen Bevölkerung ausging bzw. auszugehen beginnt. Wir sind heute mitten drin im Bolschewismus. Durch Erzbergers Gesetz werden wir bolschewistisch zugrunde gerichtet. Bis die Nation endlich erkennt, daß das Heil nur in einer neuen Agrarpolitik bestehen kann. Wir haben ein Reichssiedlungsgesetz, das jetzt zur Annahme gelangt ist und von der alten Regierung bereits vorbereitet war. Es besteht in seinen Grundgedanken darin, daß der Großgrundbesitz überall, wo er über 10 Prozent Flur hat, 30 Prozent dieser Flur hergeben soll. Dazu hat sich der deutsche Großgrundbesitzer schon vor der Revolution bereit erklärt. Was ist nun mit diesem Gesetz bisher geschehen und was wird noch mit ihm geschehen? Ich antworte: Es wird und kann damit nichts geschehen. Es ist einfach unmöglich, den Großgrundbesitz in kleine Bauerngüter aufzuteilen. Es fehlt dazu an allem, an Mauersteinen, Maschinen usw. Und selbst wenn dies möglich wäre, dann wird sich das Siedlungsgesetz doch nicht durchführen lassen. Das beste am Siedeln ist doch das Aufbauen des Eigentums aus eigener Kraft heraus, wie es die Deutschen im Ausland getan haben. Ich möchte Ihnen vielmehr ein anderes Siedlungsgesetz vorschlagen, das von meinen Freunden und mir vor Jahresfrist aufgestellt worden ist. Es geht nicht aus auf Bauernsiedlungen, sondern auf Kleinsiedlungen, Arbeitersiedlungen. Es geht darauf aus, Hunderttausende in einem Jahre aufs Land zurückzuführen als Ersatz für die ausländischen Arbeiter. Die Grundgedanken dieses Gesetzes sind folgende:

Entwurf eines neuen Siedlungsgesetzes.

1. Jeder Deutsche, der eine gewisse Summe Ersparnisse gemacht hat, etwa 1000 Mk., hat das Recht, in jeder Gemeinde bzw. Gutsbezirk den Nachweis einer Baustelle zu verlangen.

2. Die Gemeinde hat das Recht, diese Baustelle durch Enteignung vom Besitzer zu erwerben, aber innerhalb von 5 Prozent der Flur, die der Eigentümer hat.

3. Der Siedler hat das Recht, von seiner Wohnsitzgemeinde den Nachweis der ersten Hypothek zu verlangen.

Die deutschen Sparkassen, in die das Geld der kleinen Leute strömt, sind ja heute zum Strotzen voll. Der kleine Mann ist ja heute der eigentliche Kapitalist, dem anderen wird ja alles weggenommen. Für die zweite Hypothek soll der Siedler selbst sorgen, denn der zukünftige Staat hat nichts zu verschenken, er wird bettelarm sein. Er hat nur gute Gesetze zu verschenken. Ferner soll die Gemeinde verpflichtet sein, dem Siedler Wirtschaftsland als Eigentum- oder Pachtland gegen Bezahlung zu verschaffen.

Ich habe versucht, Ihnen darzulegen, was notwendig ist für den Aufbau des künftigen Staates, zum größten Teil nur dasjenige, was wir dem alten Staate abgesehen haben. Auch die Siedlungspolitik sind die liegengebliebenen Reste der alten Agrarpolitik vor 100 Jahren, Vorbedingung für den neuen Staat sind Volksheer, Volksschule, Steuerrecht und völkische Sozialpolitik, die wir auch zusammenfassen unter dem Namen Siedlungspolitik. Ich will nun noch einmal kurz zurückkommen auf die äußere Politik. Im 13. und 14. Jahrhundert wanderte die überschüssige deutsche Volkskraft über die Weichsel und Elbe und vollendete hier das größte Werk deutscher Geschichte, die Kolonisation des Ostens. Sie nahmen aus der Heimat mit den Pflug und das Gemeinderecht. Die Waffe war ihnen nur Nebensache, denn Waffenpolitik hat im Ringen der Völker nicht immer den Ausschlag gegeben. Ich sehe eine Zeit kommen, da abermals das deutsche Volk mit dem, was es gelernt hat, ausgestattet mit den geistigen Waffen der deutschen Volksschule, mit einem deutschen Siedlungsgesetz und vielleicht auch mit einer freiheitlichen Gemeindeverfassung, einer Verfassung, die auf einer Seelen- und Blutsgemeinschaft fußt, auszieht. Wenn wir auch darauf Wert legen müssen, mit unseren östlichen Nachbarn in ein friedliches Verhältnis zu treten, so will ich damit doch nicht sagen, daß wir Deutsche nicht doch einmal noch die nationale Erhebung mit den Waffen erleben werden. Doch sprechen wir nicht davon, sondern handeln wir danach. Unterlassen wir niemals, unsere Jugend darüber zu belehren, was Deutschland einst gewesen ist, und ihr die Ideale des Nationalen einzupflanzen. Wir können nicht erwarten, daß uns der Herr noch einmal einen Hohenzollern schicken wird, der für uns die Arbeit macht, sondern wir müssen selbst diese Arbeit leisten. Aber als Schlußstein dieser Arbeit erstreben wir die Monarchie, die da ist der erste Diener des Staates.

Nachdem sich der stürmische Beifall, den der Redner für seine Ausführungen erntete, gelegt hatte, dankte Kreisschulinspektor Busse ihm nochmals mit warmen Worten und schloß hierauf die Versammlung.

*

Vortragskalender

des Deutschnationalen Volksvereins Halle und Saalkreis.

Am Sonntag, den 18. d. M., vormittags um 11½ Uhr im „Thaliasaal" Reinhold Wulle: „Hohenzollern, Weltanschauung und Staat".

Am Montag, den 19. Januar, um ½8 Uhr abends ein Familienabend im Neumarktschützenhaus. Eintritt frei.

Am Sonntag, den 25. d. M., vormittags um 11½ Uhr im „Thaliasaal" Dr. Maurenbrecher: „Die sittlichen Vorbedingungen der Befreiung".

Am Montag, den 26. Januar, öffentlicher Aussprachearbend um 8 Uhr im „Neumarktschützenhaus", Direktor Dr. Piebsch: „Die deutsche Ernährungswirtschaft".

Am Donnerstag, den 29. Januar, öffentlicher Aussprachearbend um 8 Uhr im „Neumarktschützenhaus", Direktor Dr. Bohnenstedt: „Der Verrat der Deutschdemokraten am Bürgertum".

Eintrittskarten in der „Saalischen Zeitung", in der Lippertschen Buchhandlung und Alte Promenade 10.

*

Für den Vortrag Wulle am Sonntag, den 18., sind noch in beschränkter Zahl Einzelkarten zu haben. (Preise für feste Plätze: 2 Mk. bis 1 Mk.) in den Verkaufsstellen: „Saalische Zeitung", Lippertsche Buchhandlung und alte Promenade 10 (Mitglieder).

*

Die Mitglieder der deutschnationalen Beamtengruppe werden für Mittwoch, den 14. Januar, abends um 6 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung in den „St. Nikolaus" gebeten.

*

Die kommunalpolitische Abteilung des Deutschnationalen Volkspartei hält am Dienstag, den 13. Januar, um 8 Uhr abends pünktlich, im Restaurant „Kaiser Wilhelm", Bernburger Straße, ihre erste Sitzung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Eigenbewirtschaftung der städtischen Landgüter (Professor Steinbrück); 2. Sozialisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet des städtischen Gesundheitswesens (Medizinalrat Dr. Bundt); 3. Veränderung bei der städtischen Straßenbahn in den Tarifen und in der Linienführung (Kreisschulinspektor Busse).

Hauptschriftleiter: Helmut Böttcher.
Verantwortlich für Politik: Helmut Böttcher; für politische Nachrichten, Volkswirtschaft und Sport: Hans Heilig; für den gesamten übrigen redaktionellen Teil: L. B. Erich Seelbach.
Anzeigenteil: Paul Kerkow: sämtlich in Halle a. S.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallschen Zeitung, Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001121-10/fragment/page=0003

U.T

Leipzigerstrasse 88
Fernruf 1224.

Alte Promenade 11a
Fernruf 5738.

Der Dieb im Frack.
Ein Abenteurerroman in 5 Akten.
Vorführung: 4.00, 6.10, 8.30.

Eine gute Nummer.
Lustspiel in 1 Akt.

Teckelzucht.
Interessante Aufnahme.

Beginn 3½ Uhr.

Die Herrin der Welt!
Der zweite Teil des neuen Riesenfilms der „Ufa"
Die Geschichte der Maud Gregaards
mit
Mia May
in der Hauptrolle.
Vorführung: 3.40. 5.50 8.00.

Beginn 3½ Uhr.

Die Abendvorstellungen beginnen 7.50 Uhr.

Licht-Spiele

Nur noch bis Donnerstag!

Persönliches Auftreten

der kleinen Filmschauspielerin

Nelly Gutmann

in ihrem tollen Lustspiel:

Wo ist der Affe?

Vorführung: 4.45 6.35 8.20.

Wegen des gewaltigen Abendandranges bitten wir schon die Nachmittags-Vorstellung zu besuchen!

Fernsprecher 4681.

Grosse Ulrichstr. 51.

Im Herzen der Stadt

Mittwoch nachmittag für Jugendliche erlaubt!

Einlass 3 Uhr — Anfang 3½ Uhr.

Die Wiedereinführung des Goldzolls die zum Teil noch zu erwartenden weit Steuerzuschläge werden — dazu bei geringen Einfuhren — eine bedeute Verteuerung der Kolonialwaren in nächsten Monaten bringen. Es ist desh ratsam, jetzt einzukaufen. Zweckmässig ist Bezug direkt von den Seehandelsplätz Tee, Kaffee, Kakao und noch aus überseeischen Tabaken hergestellte Zigar liefert vorteilhaft das Bremer Handelsh

Eugen Weldenmann, Bremen 24, Gobenstr.

Walhalla-Operetten-Theater.
Anfang 7 Uhr:
Die Dame vom Zirkus.
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater
Dienstag, d. 13. Jan. Anfang 7, Ende 9¼.
Der Zigeunerbaron.
Mittwoch: Uraufführung: Das Paradies.

Apollo-Theate
Tägl. abends 7 Uhr
Walter Kollo's neueste Operett
„Frl. Puck"
erzielt allabendlich
volle Häuser!
Gute Plätze sicher nur bei baldige Bestellung!
Vorverkauf 9-1 u. 5-½7 Uhr

Thaliasaal. Montag, d. 19. Jan. 20
Orchester-Konzert
(40 Musiker)
Strauss-Abend
Wiener Walzer und Operetten.
Dirigentin:
Ludmilla Gehrecke.
Karten zu 5.10, 4.10, 3.10, 2.10 u. 1.55 Mk. in der Musikalienhandlung **Albert Manthey.**
Gr. Ulrichstr. 12. — Fernsprecher 46 3.

Konzert-Direktion Siegfried Kummerehl.
„Thaliasäle", Dienstag, d. 20. Jan. 1920, abends ½8 Uhr
Liederabend
Emmi Leisner.
Schubert — Brahms — Schumann.
Karten zu Mark 5.10, 4.10, 3.10, 2.10 an der eigenen Konzertkasse Gr. Ulrichstrasse 12 in der Musikalienhdlg. **Albert Manthey.**

Herren-u. Speisezimmer
Altrenommierte Möbel-Fabrik
C. Hauptmann
Kl. Ulrichstr. 36a u. b
Schlafzimmer Küchen in jeder Preislage.

Nach langjähr. Tätigkeit als Assistent der Universitätszahnklinik und des Kieferlazarettes halte habe ich mich hier
Barfüsserstr. 11
(Eingang Schulstr.) niedergelassen.
Sprechzeit 9—1 Uhr. Telefon 2376.
Zahnarzt Henze.

Spar-Herde
als Ofen und Herd zu benutzen,
Dampf-Oefen
sparsamster Brennstoffverbrauch,
für jedes Brennmaterial,
insbesondere eingerichtet für
Holzfeuerung,
in 3 Grössen waggonweise
sofort lieferbar.
Hans Westfehling, Lübeck 9.
Telegr.-Adr.: Westarmaturen.

Sie werden staunen
über die hohen, noch nie dagewesenen Preise, die ich für alte, künstliche, auch zerbrochene
Gebisse,
Zähne und Platin zahle.
Kein Zahn unter 8 Mk., evtl. bis 40 Mk. Brennstifte 60 Mk. und höher.
Platin b. 125 Mk. per Gramm.
Kaufe nur Montag, den 12., von 2—7 Uhr abds. und Dienstag, den 13. Jan., von ½10 Uhr früh bis 7 Uhr abends, im Hotel „Grüner Baum", Franckestraße 14.
Ueberzeugen Sie sich selbst. — Versuch lohnt. — Kaufe auch von Zahntechnikern und Händlern.

Angebot!
Speisezimmer
Herrenzimmer
Damenzimmer
Schlafzimmer
Küchen
in einfacher bis ganz reicher Ausführung.
Reichhaltigste Auswahl!
Möbelfabrik
Albert Martick Nachf.
Inh. Richard Ziemer,
Halle a. S., Alter Markt 2.

Wir versenden ab Jülich unter Nachnahme, Versicherungsgebühren und Verpackung zu Lasten des Empfängers größte und kleinste Mengen:
gar. reinen Ueberseetabak A. B., trocken, in ½ und ½ Pfd.-Paketen, per Pfund Mk. 22.—, leicht, etwas feucht, per Pfund Mk. 19.50.
Shag-Tabak, ganz feiner Mark. Schnitt, in ½ Pfd.-Paketen, per Pfd. Mk. 26.—.
Prima Uebersee-Cigarren in den Preislagen von Mk. 900.— bis 2000.— per Mille stets vorrätig.
Cacao, gar. rein, per Pfd. 16.50.
Amerikanische **Wan-Eta-Chocolade,** Taf. von ½ Pfd. engl., Mk 9.50.
Prima hochfeiner schwarzer Tee, per Pfund Mk. 16.—.
Man verlange besondere Preisliste für **Gewürze und Kerzen.**
P. & F. Linnartz, Großhandel, **Jülich** Rheinland.

Bei Schlaflosigkeit geg. alle Neurosen d. Zirkulations- u. Zentralnervensystems, besonders bei nervöser Ueberreizthei d. Berufsarbeit, epileptisch. Krampfen, Hysterie, nerv. Kopfschmerz., nerv. Herzklopf., Neurasth., Neuralg. nehme man als vollständig unschädlich, gutwirkend. Nur Bitz Brombeldrian-Elixier. Preis Mk 6.00 die Flasche. Bezl.: **Grüne Apotheke, Erfurt 428.**

Wir bitten unsere Leser ergebenst, alle Einkäufe u. sonstig. Besorgungen nur bei den Inserenten der „Halleschen Zeitung" vornehmen zu wollen.

Gebisse,
alte und zerbrochene, bitte ich
nicht wegzuwerfen,
da ich dieselben zu noch nie dagewesenen Preisen ankaufe
Zahle pro Gebiss bis M. 300, pro Zahn M. 12.
Nur diesen **Dienstag, den 13. Januar** in **Halle** im **Hotel „Grüner Baum"**, Franckestrasse, von **9 Uhr** vormittags bis **4 Uhr** nachmittags.

Wandkalender 1920
auf Karton, vierfarbig, Preis 25 Pfg.
Zu beziehen durch
Otto Thiele, Buch- u. Kunstdruckerei
Verlag der Halleschen Zeitung.
Die Zeitungsträger der Halleschen Zeitung nehmen Bestellungen entgegen und bringen den Kalender ins Haus.

Für einen sehr gutgehenden
Gartenbau-Betrieb
in der Provinz Sachsen wird eine
Beteiligung v. 50–100000 M.
gesucht. Angebote unter **U. P. 2458** an **Rudolf Mosse,** Brüderstraße 4 erbeten.

Platin
in jeder Gestalt und Verbindung
pro Gramm bis Mk. 100.—
wird angekauft.
Nur diesen Dienstag, den 13. Januar in Halle a. S. im Hotel „Grüner Baum", Franckestraße, von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm.

Hausfrauen,
warum scheuert Ihr noch? Verwendet mein Wachsfußboden- und Linoleumöl
Theolin zu Mk. 7 — per kg frei Haus.
Erfolg verblüffend, fast in allen behördlichen und Industriekreisen sowie in vielen Haushalten bestens eingeführt.
Weg mit Seife und Scheuertüchern.
Spart an Arbeitszeit.
Fr. H. Poerschke, Friesenstr. 12 I. Fernruf 4553.

Hausschl. Landmettwurst, reine Ware, Pfund 22 Mk. Dänische Süßrahmmarg. Pfund 19 Mk. Sahnenkäse Stück 1.20 Mk. Bezl. exkl. Verpack. u. Porto gegen Postnachnahme. L. Salvoni, Goslar, Hohenstr. 9.

Seydlitz-Lyzeum.
Osteranmeldungen
für alle zehn Klassen nimmt noch entgegen
die Direktorin
Dr. Henze.
Sprechstunde von 11—12 Uhr vorm.
Werktags im Schulhause Karlstr. 6 II.

1920
Abreiß-Lese-Kontor-Kalender
empfiehlt
Albin Hentze,
24 Schmeerstraße 2

Seidene
Damen-Blusen
kauft man preiswert bei
H. Schnee Nachf.
Gr. Steinstraße 8

Waschgefäße
in nur dauerhafter, solider Handarbeit in großer Auswahl ist wieder am Lager.
Böttcherei
21 Schillerhof 21
dicht am Marktplatz

Wer viel schreibt
lese die aufklärende Broschüre „Schutz und Hilfe geg. den Schreibkrampf" von Dr. Taschner. Keine Arznei. Glänzend begutachtet. Gegen Einsendung von 3.30 Mark verschlossen durch
Fr. Leiskow, München, Blutenburgstraße 40 II.
Vertreter gesucht.

Professor Dr. H. Straub
Direktor der medizinischen Universitäts-Poliklinik
hält **Sprechstunde** in der Wohnung Advokatenweg 38 Eg. nach Voranmeldung.
Fernruf 4105.

Danksagung.
Viel Liebe und Ehre ist dem Achtziger geworden, so viel, daß er außerstande ist, den Spendern einzeln die Hand zu drücken. So tut es hier mit herzlichem Gottvergelts!
Nietschmann, P. em.

Die glückliche **Geburt** eines gesunden
Mädels
zeigen an
Fritz Jacob u. Frau Ella geb. Mayhoff.
Halle a. S., den 10. Januar 1920.

Am 10. d. Mts. verschied der ehemalige stellvertretende Vorsitzende unseres Aufsichtsrates,
Herr Geheimer Justizrat
M. Winterfeldt
in Berlin.
Im Jahre 1888 zum Mitgliede und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt, hat der Verblichene ununterbrochen bis zum Jahre 1919, als ihn die zunehmenden Beschwerden des Alters zur Niederlegung seines Amtes veranlassten, seinen klugen Rat und sein reiches Wissen mit unermüdlichem Eifer der Gesellschaft zur Verfügung gestellt und dadurch zu deren Emporblühen in hohem Masse beigetragen. Sein vorbildlicher Gerechtigkeitssinn und sein tiefes Pflichtgefühl sichern ihm einen dauernden Ehrenplatz in unserem Kreise; sein Name wird unauflöslich mit der Entwickelung unserer Gesellschaft verknüpft bleiben und wir werden immer mit Dankbarkeit und Verehrung seiner gedenken.
Der Aufsichtsrat und Vorstand der A. Riebeck'schen Montanwerke Aktiengesellschaft.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001121-10/fragment/page=0004

Halle und Umgebung

Halle, 12. Januar.

Die Arbeit im Versicherungsgewerbe wieder aufgenommen

Nachdem der Arbeitgeberverband seine Bereitschaftserklärung zu Verhandlungen auf Grund der vom Zentralverband abgegebenen Erklärung mit der besonderen Erklärung versehen hatte, 1. daß der Tarifvertrag nicht fortbesteht, 2. daß für Verhandlungen über das Mitbestimmungsrecht lediglich gesetzliche Bestimmungen maßgebend und strafrechtlich zu verfolgende Streikende nicht wieder einzustellen sind, haben die Versicherungsangestellten in Halle heute morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Sie haben also bisher mit dem Streike nichts erreicht.

Die Verhandlungskommission tritt heute nachmittag in Berlin zusammen, so daß voraussichtlich morgen neue Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Angestellten beginnen werden.

*

In dem Bezahlungsstreik der Halleschen Studentenschaft ist seither keine Aenderung eingetreten. Die Erbitterung über die Erhöhung der Kollegelder ist unter den Studierenden besonders darüber sehr groß, daß sie nicht auch den Dozenten, etwa in Form einer Gehaltsaufbesserung zugute kommen soll.

Des weiteren wird uns mitgeteilt, daß die Nachricht des „Volksblatts", nach der sich der Verein deutscher Studenten an die Spitze des Streiks gestellt habe, unzutreffend ist. Die Bewegung wird nach wie vor vom Allgemeinen Studentenausschuß geleitet.

Der Ferchlandt-Prozeß

Kriegsgerichtsrat Wolf beantragt zu Beginn der Verhandlung als Vertreter der Anklage weitere Ladungen von Zeugen, die Aufschluß geben sollen: 1. über Mißstände in den Matrosen- und Sicherheitskompagnien und deren Nichtbeachtung durch den Angeklagten; 2. die bezeugen sollen, daß Sachen beschlagnahmt wurden, aber nicht zur öffentlichen Versteigerung kamen, sondern daß, wie z. B. in dem einen Fall, Gänse von dem Angeklagten selbst verzehrt wurden; die 3. bekunden, daß zwölf Koffer Militärgepäck für den Angeklagten auf dem hiesigen Bahnhof beschlagnahmt, dann aber durch den Budey des Angeklagten nach Berlin weitergeleitet wurden. Das Gericht zieht sich zur Beratung zurück und entscheidet, als neue Zeugen Polizeioberwachtmeister Leue und Drebinger zu laden.

Hauptmann Hirsch als Zeuge.

Hauptmann Hirsch berichtet über die Spannung, die zwischen dem Arbeiter- und Soldatenrat einerseits und dem Artillerie-Regiment Nr. 75 andererseits bestand. Das Regiment Nr. 75 kam Mitte Dezember aus dem Felde zurück und fand in Halle einen radikalen Soldatenrat vor, der durch seine Taten bewies, daß er nicht zur Regierung hielt (z. B. Anhalten und Entwaffnen von Truppentransporten, die die Regierung nach Berlin rief zur Wiederherstellung der Ordnung). Akut wurde diese Spannung durch den sogenannten Rangabzeichenerlaß des Arbeiter- und Soldatenrates. Als die Unteroffiziere der Artillerie eine Protestversammlung im „St. Nikolaus" abhielten, benutzten im Auftrage des A.- und S.-Rates Matrosen und Sicherheitsleute die Gelegenheit, um das Artilleriedepot zu besetzen, in dem eine große Anzahl Waffen lagerte. Die Erregung erreichte ihren Höhepunkt, als am nächsten Tage wieder Matrosen anrückten, um, wie ein Gerücht besagte, die Regimentskammer des Feldartillerie-Regiments Nr. 75 zu besetzen und so auch Posten in die Kaserne zu legen. Der Angeklagte kam im Auto bis zur Kaserne gefahren und verhandelte mit Hauptmann Hirsch und anderen Offizieren im Kasino. Während dieser Zeit richteten wir uns — so erzählt Zeuge — in der Kaserne zur Verteidigung ein und nahmen die Front natürlich auch gegen das von den Matrosen besetzte Artilleriedepot. Ein Angehöriger des Regiments wurde von den Matrosen schwer verwundet und ist dann an seinen Verletzungen gestorben. Für die Frage, inwiefern der Angeklagte für alle diese Vorgänge verantwortlich sei, ist auch von Bedeutung, warum das Artilleriedepot überhaupt besetzt wurde. Man vermutete, daß sich Zivilisten mit nicht republikanischer Gesinnung in den Besitz der Waffen setzen würden, umsomehr, da nach Ansicht des Angeklagten die Artilleristen es mit der Postengestellung nicht so genau nahmen. Hauptmann Hirsch bestreitet dies und behauptet, daß gerade an dem Tage, an dem Matrosen Posten standen im Artilleriedepot, die Waffenkammern erbrochen und Waffen in Autos entführt wurden. Das würde die Zeugenvernehmung noch ergeben. Das Ergebnis der Verhandlungen im Kasino der Artillerielaserne zwischen Hauptmann Hirsch und dem Angeklagten war folgendes: Die Artillerie verpflichtet sich, keine Waffen auszugeben, solange der A.- und S.-Rat nichts gegen die Regierung unternimmt. Der Angeklagte behauptet noch, daß man sich gegenseitig das Ehrenwort darauf gegeben habe, was vom Hauptmann Hirsch bestritten wird. Der Angeklagte mußte dann durch Offiziere aus der Kaserne geleitet werden, da die Leute eine wahnsinnige Wut gegen ihn hatten. Die Aussage zu den Demonstrationszügen am 10. u. 12. Januar bringt nichts Neues. Zu der Verhaftung des Angeklagten gibt der Zeuge Hauptmann Hirsch noch an, daß sie auf seine Veranlassung hin geschehen sei und daß seines Wissens kein zweiter Haftbefehl existiere, wie der Angeklagte behauptet. Zum Fall Dorting bekundet der Zeuge, daß er am 15. Februar zum ersten Male die Verbindung mit der Artillerie wieder aufgenommen habe und daß er darüber keinen Aufschluß geben könne, ob Harting von der Garde-Kavallerie-Schützendivision als Spitzel verwendet sei. Im weiteren Verlauf der Vernehmung kommt auch die Fortführung von Handgranaten aus dem Waffendepot Desgen zur Sprache. Hauptmann Hirsch gibt an, daß es lediglich geschehen sei, um die Artillerielaserne in einen wirksamen Verteidigungszustand zu setzen.

Als zweiter Zeuge wird

Graf von Westarp vernommen,

der als Transportoffizier bei der Linienkommandantur Halle tätig war. Er gibt an, daß am 8. Januar nachmittags bei Antritt seiner Dienststunden ein bewaffneter Transportzug auf der Bahn hielt. Der Angeklagte hatte am Tage vorher an den Transportchef das Ansinnen gestellt, derartige Züge anzuhalten, damit sie entwaffnet würden. Die Linienkommandantur lehnte es ab. Ich gab befehlsgemäß nach Auswechslung der Maschine die Strecke nach Berlin für den Transport frei. Der Angeklagte umgelte mich gleich danach an und fragte, wer den Zug durchgelassen habe. Er behauptete, daß er am Tage vorher ein Versprechen bekommen habe, daß derartige Züge angehalten werden sollten. Am Abend wurde ich in Schutzhaft genommen, der Haftbefehl war vom A.- und S.-Rat unterschrieben, ich protestierte dagegen aber ohne Erfolg und wurde erst am 11. Januar wieder angelassen. Der Angeklagte und der Verteidiger Rechtsanwalt Müller weisen darauf hin, daß aus vorliegenden Telegrammen wohl zu entnehmen sei, daß auch die Berliner Regierung Befehle zur Entwaffnung gegeben habe. Graf Westarp bestreitet dies und weist darauf hin, daß ja dem A.- und S.-Rat doch auch wie der Linienkommandantur ein Befehl vom 7. oder 8. Januar bekannt sein müsse, nach dem Offiziertruppen unbedingt durchzulassen seien. Der Angeklagte, befragt, warum die Truppen überhaupt angehalten seien, gibt an: Wir fürchteten, daß die Republik gefährdet sei. Gegen äußere Feinde und zum Schutz der Grenzen hätte der A.- und S.-Rat ja selbst Kompagnien aufgestellt. Als innere Feinde hätten sie damals nur jene von monarchisch gesinnten Offiziere geführten, in die Heimat zurückkehrenden Kampftruppen erkannt. — Zeuge Rapp ist am 21. Januar bei der Beschießung des bürgerlichen Demonstrationszuges schwer verwundet und hat seinen rechten Arm verloren. Er bringt über die Vorgänge des 12. Januar nichts wesentlich Neues.

Die Verhandlung dauert an.

Mitteldeutscher Technikertag in Halle

Am 9. Januar fand in Halle a. S. im „St. Nikolaus" die Sitzung des Gautages für den Gau Mitteldeutschlands des Bundes der technischen Angestellten und Beamten statt. Zur Einleitung wurde am Vorabend ebendaselbst eine öffentliche Versammlung der technischen Angestellten und Beamten abgehalten, in welcher zum Entwurf des Betriebsrätegesetzes Stellung genommen wurde. Der Entwurf wurde von der über 300 Technikern aus allen Orten Mitteldeutschlands besuchten Versammlung einstimmig verurteilt, da das Mitbestimmungsrecht weder im Interesse der Arbeitnehmer, noch im Interesse der Volkswirtschaft weitgehend genug sei.

Kam in dieser Versammlung die Einmütigkeit der Techniker, die die technischen Angestellten interessierenden Fragen einmütig zu lösen zum Ausdruck, so wurde diese Einmütigkeit noch besonders durch den Gautag selbst unterstrichen.

Vertreten waren auf dem Gautage 66 Ortsverwaltungen der Provinzen Hannover, Sachsen, Braunschweig, der Thüringer Staaten und Anhalt. Nach der Konstituierung des Gautages und der Wahl der Geschäftsleitung ging man zur Tagesordnung über und erledigte nach eingehender Diskussion sämtliche Punkte.

Hervorzuheben ist aus den Berichten, daß die Organisationsarbeiten und die soziale Hebung des Technikerstandes allenthalben befriedigende Fortschritte machen. Dort, wo sich noch kleine Mängel zeigen, sollen durch entsprechende Besserungen diesen abgeholfen werden. Die kommende Bundesarbeit wurde durch Kollegen Kruse-Magdeburg recht anschaulich geschildert und die Delegierten waren einmütig der Auffassung, daß dieser Arbeit die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden sei. Bei der Werbearbeit soll Rücksicht genommen werden auf die Werbung der noch in der Ausbildung befindlichen Schüler der technischen Lehranstalten und der technischen Lehrlinge, da von der Erfassung dieser vieles für die zukünftige Entwicklung der Technikerbewegung abhänge, und man das Augenmerk auf einen guten Nachwuchs richten müsse. Notwendig sei auch, auf die gewerkschaftliche Schulung der technischen Angestellten das nötige Augenmerk zu lenken, und sie zur geeigneten Zusammenarbeit mit den Arbeitern zu erziehen. Mehr wie bisher müsse die Presse der Bundesarbeit dienstbar gemacht werden. Parteipolitische Neutralität sei unter allen Umständen zu wahren.

In den Gauvorstand wurden fünf Herren gewählt, außerdem wurde der vom Bundesvorstand bestellte Geschäftsleiter für den Gau Mitteldeutschland, Herr Ingenieur Blumenschein, bestätigt.

Am Schlusse der Tagung wurde eine Entschließung gefaßt, welche die Unhaltbarkeit des Betriebsrätegesetzes betont und verlangt, daß die Nationalversammlung sich in letzter Stunde doch noch besinnen möge und den Arbeitnehmern das ihnen zustehende Recht in dem Betriebsrätegesetz sichere.

Der Gautag sandte Begrüßungstelegramme an die Angestellten des Steinkohlenbergbaues, um ihnen seine Sympathie zum Proteststreik auszusprechen, an die Privatangestellten der Stadt Eisenach und die Versicherungsangestellten, ihnen im Wirtschaftskampfe guten Erfolg wünschend.

Die Nahrungsmittelversorgung in Halle

— **Haferflocken.** Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Haferflocken wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 13. Januar. Für jede Person eines Haushaltes wird ¼ Pfd. abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 92 Pfg. für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Haferflocken einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Der Verkauf erfolgt unter Abtrennung der Marke 40 des Warenbezugsscheines 27. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Reichsbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Bestrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept. und 4. November 1915.

— **Städtischer Verkauf von Käse** in der Talamtschule am Dienstag, den 13. Januar. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 22 501 bis 27 500 vormittags von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 27 501—32 000 nachmittags von 2—6 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 70 Gramm zum Preise von 50 Pfg. abgegeben. Der neue Lebensmittelschein ist vorzulegen. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

— **Volkshochschule.** Der Kartenverkauf für die Vorlesungen der Volkshochschule im Januar bis März beginnt am Mittwoch, den 14. Januar 1920 im Büro der städtischen Schulverwaltung, Rathausstraße 4 I, Eingang Kl. Steinstraße, beim Gewerkschaftskartell, Harz 42—44 und im Zigarrengeschäft von Heinze, Merseburgerstraße 29, Ecke Dieskauerstraße. Die vorbestellten Hörerkarten werden nur im Büro der städtischen Schulverwaltung ausgegeben. Dienststunden 8 bis 3 Uhr. In den genannten Verkaufsstellen werden ausführliche Programme mit Stundenplänen, soweit der Vorrat reicht, ausgegeben.

— **Der Kriegerverein Halle,** gegründet 1860, beging am Sonntag im Hotel „Kaiser Wilhelm" seine erste größere Festlichkeit nach dem Kriege. Es waren dazu so viele Vereinsmitglieder und Gäste erschienen, daß der Saal die Festteilnehmer kaum zu fassen vermochte. Als Ehrengast war u. a. Major Rieder von Riedenau, der frühere langjährige Vorsitzende des Kriegerverbandes des Saal- und Stadtkreises Halle, anwesend. Nach einigen Musikvorträgen durch die Görlachsche Kapelle ergriff der Vorsitzende, Hauptmann d. L. Renner, das Wort, um die Erschienenen herzlich willkommen zu heißen. Er wies u. a. darauf hin, daß zum menschlichen Leben auch Vergnügungen gehörten. Jedoch dürften diese nicht so ausarten, daß man sich in einem gewissen Taumel über die schwierigen Verhältnisse unserer Zeit hinweggaukeln versuche, sondern jedes Vergnügen solle so sein, daß auch der innere Mensch davon einen Gewinn habe. Fräulein Hinze sprach einen Prolog, der den Heimgekehrten aus dem Kriege zum Dank, den Gefallenen zum Gedächtnis gewidmet war und woran sich die Uebergabe einer Ehrenjagdsel der gefallenen Vereinsmitglieder an den Verein anschloß. Die Ehrentafel ist von Vereinsfameraden angefertigt und ein Meisterstück handwerklicher Kunst. Justizrat Major Czarnikow ehrte in einer Ansprache die Taten der zurückgekehrten und gefallenen Krieger und wies darauf hin, daß nun endlich der Friedenszustand wiederhergestellt ist. Allerdings ertönte kein Glockenklang bei der Bekanntgabe des Friedens und die Krieger kehrten nicht mit Lorbeerkränzen in die Heimat zurück. Redner schloß seine eindrucksvollen Worte mit der Aufforderung, daß jeder Deutsche auch in den jetzigen Tagen des Unglücks dem Vaterlande die Treue bewahre, und der Hoffnung auf eine bessere Zukunft für unser Volk und Vaterland. Im weiteren Verlaufe des Abends gedachte der Vorsitzende der Kriegerwaisen, zu deren Gunsten eine Tellersammlung veranstaltet wurde, die über 200 Mark ergab. Von der Witwe eines im Kriege verstorbenen Vereinskameraden wurden dem Verein 500 Mark überwiesen mit der Bestimmung, daß die Zinsen des Kapitals bedürftigen Kameraden zugute kommen sollen. Den Kameraden Kreuzberg und Erfurt wurden für 50 bzw. 25 Jahre treue Vereinsmitgliedschaft Denkmünzen verliehen. Im unterhaltenden Teil des Programms gelangten neben weiteren Musikstücken zwei Theaterstücke: „Ich heirate meine Tochter" und „Hohe Gäste" zur Aufführung, ferner Vorträge ernster und humoristischer Art, die zum Gelingen des Festes aufs beste mit beitrugen. Kamerad Kromer erntete mit seinem Gedichtvortrag, dem Gedenken des Altreichskanzlers Otto von Bismarck gewidmet, besonders Lob. Mit einem Tänzchen fand die Veranstaltung ihren Abschluß.

— **U.-T. Lichtspiele, Leipzigerstraße 88.** „Der Dieb im Frack", ein Abenteurerroman in 5 Akten. Die Ueberschrift, der Titel, kennzeichnet schon das Milieu, das in spannende Szenen gekleidet und vornehm umrahmt ist. Alles in diesem Film ist Sensation im vornehm gewählten Rahmen, der bei erstklassiger Photographie die Filmgewandtheit der Darsteller in bestem Licht zeigt. Auch das verwöhnte Kinepublikum wird in diesem Film nichts auszusetzen haben. Bis zum Schluß fesselnd interessieren die stets unerwartet kommenden Effekte vom ersten Augenblick an. Louis Ralph, ein äußerst wandlungsfähiger Schauspieler, gibt mit starken zielbewußten Mitteln, in Mimik und Maske exakt auseinanderhaltend, drei Rollen: Dieb, Detektiv, Gelehrter. Die Humoreske „Eine gute Nummer" ruft wahre Lachsalven hervor. — Sportaufnahmen „Tockelzucht" beschließen das äußerst interessante Programm.

— **„Die Größe des Weltalls und der Sinn des Naturganzen"** heißt das Thema des zweiten Lichtbildervortrags, den August Kohl-Hamburg am morgigen Dienstag im „Hofjäger", Lindenstraße 78, abends um 8 Uhr hält. Karten in der Goethe-Buchhandlung und an der Abendkasse

— **Ein Pferd,** welches auf dem Riebeckplatze zu Fall kam und sich nicht wieder zu erheben vermochte, mußte an Ort und Stelle abgeschlachtet werden.

— **Ein scharfer Pistolenschuß** wurde in letzter Nacht aus einem der Gärten an der Schmiedestraße abgefeuert. Angestellte Nachforschungen waren ohne Erfolg. — Auf einen Mann, der versuchte, die Kasernenmauer an der Reilstraße in letzter Nacht zu übersteigen, wurden von dem Posten zwei scharfe Schüsse abgegeben. Der Mann ist entkommen.

„H.J." Sportberichte

Fußballsport in Mitteldeutschland

Die Spiele in Halle sind wegen spielunfähigen Bodens ausgefallen.

Merseburg: Borussia-Halle gegen V. f. L. ausgefallen.
Preußen gegen V. f. L.-Lettin 5 : 2.

Naumburg: 1905 gegen Sportfreunde-Halle (Gesellschaftsspiel) 0 : 0. 1905 I. Gaumannschaft gegen Sportklub-Weißenfels I 1 : 9 (0 : 6).

Nordhausen: Preußen II gegen Ballsport I 0 : 1. Sportvereinigung II gegen Hohenmölsen 1 10 : 0. Sportv. Jugend I gegen Ballspielklub I 5 : 0.

Gera: 1. Verein für Rasensport II gegen Wacker II 10 : 0.

8. Mannschaft gegen Turnverein Untermhaus 6 : 2.

Jena: Spielvereinigung Jena gegen V. f. B. 6 : 7 (3 : 4).

Weimar: Sportklub gegen Fußballklub Suhl 4 : 1.

— **Der Gau Ostthüringen im B. M. B. B.** hielt in Apolda einen Gautag ab. Auf einen dringenden Antrag wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Dr. Leonhardt (V. f. B.-Jena), Stellvertreter Liebscher (V. f. B.-Apolda), 1. Schriftführer Pries-Weimar, 2. Schriftführer Vielch (Spielvereinigung-Jena), Kassierer Schmidt-Weimar. Die Verbandsspiele der ersten Klasse beginnen am 18. d. M. Für den Gau wird eine Kopfsteuer von 20 Pfg. erhoben.

*

ri. **Magdeburger Sport.** Im einzigen Ligaspiel standen sich Cricket-Viktoria und Weitstoß in Schönebeck bei glattem Boden gegenüber. Magdeburg mit zwei Ersatzleuten hatte vorerst schwer gegen die mit Wind drückenden Schönebecker zu kämpfen. Bald führte Weitstoß mit 2 : 0, dann stellten die Magdeburger um, so daß sie mehr aufkamen. Halbzeit 1 : 2. Durch weit besseres Angriffsspiel holten die Cricketer auf und gewannen schließlich mit 4 : 2 verdient.

Die Jubiläumsspiele des S. C. 1900 in Magdeburg.

S. C. 1900 gegen Eintracht-Braunschweig 1 : 1 (0 : 1).
S. C. 1900 gegen Eintracht-Braunschweig (Ligareserve) 0:2 (0:0).
S. C. 1900 gegen Teutonia-Berlin (I. Jugend-Mannschaft 3 : 4 (3 : 1).
S. C. 1900 gegen V. f. L.-Halle (Hockeyspiel) 0 : 0.

Leider waren die Jubiläumskämpfe der Magdeburger vom Wetter wenig begünstigt; durch nächtlich unaufhörlich herniedergegangenen Regen glich der Sportplatz zweier großer Seen vor den Toren. Die Fußballspiele kamen auf dem Sturm-Sportplatze zum Austrag. Das Spiel der Liganmannschaften wurde bei sehr schlechtem Wetter ausgesochten, denn es regnete wiederum ohne Unterbrechung. Zuerst Mittelfeldspiel; Theis im Tor der Gäste mußte einige Male schwierige Situationen überstehen. Endlich kam der Halbrechte der Braunschweiger durch, er schoß famos in der 32. Minute. Durch scharfes Spiel erwirkte der rechte Läufer der Heimischen einen Elfer, den der Torwart glänzend hielt. Die Jubilare zogen dann in der 37. Minute durch den Halblinken Richter gleich. Technisch waren die Gäste eine Klasse besser als die Magdeburger, die jedoch durch energisches Spiel ein offenes Spiel halten konnten. Bei den Braunschweigern vermißte man den scharfen, erfolgbringenden Schuß; sie trieben besonders vor dem Tore Ueberkombination. Quick I fehlte bei den Gästen. — Die Ligareserve der Braunschweiger waren ihren Gegnern glatt überlegen, besonders ein famoses Stürmerspiel führten sie vor. Sie schossen weit öfter als die Ligaelf, wenn auch etwas hoch. Erst etwa 10 Minuten vor Schluß wurde durch Eifer und gleich darauf das zweite Tor scharf eingeschossen. — Die Jugendmannschaften führten ebenfalls guten Sport vor. Erst nach Halbzeit kamen die Berliner auf und konnten sehr knapp mit 4 : 3 als Sieger das Feld verlassen. — Das Hockeyspiel fand auf völlig spielunfähigem Boden auf dem Sportplatz an der Werner Fritze-Straße statt. Es wurde 30 und 25 Minuten gespielt. Wenn auch die Hallenser technisch besser als die Einheimischen waren, so gelang es jedoch keiner Partei, ein Tor zu schießen. Oft wurde an die sechs- bis zehnmal nach dem Ball geschlagen, ehe er aus seiner Lage gehoben, geschoben oder gestoßen werden konnte. Viel Boden wurde mit den Schlägern in die Luft geschlagen. Selten sah man einen glatten weiten Schuß, immer wieder blieb der Ball im „Sumpfe" stecken. Von Halle war besonders Mühlberg als Verteidiger, der Mittelstürmer und Hüttmann als Rechtsaußen gut. Von Magdeburg ragte der Mittelläufer hervor. Die Torhüter brauchten wenig in Tätigkeit zu treten. Das Spiel wurde oft durch Stockfehler unterbunden.

Elbtben: 02 gegen Germania 0 : 0.
Zerbst: Viktoria gegen Dessau 08 0 : 3.
Dessau: Rasensport gegen Zerbst 1900 2 : 2.
Bernburg: T.- u. Sp.-Dessau gegen Wacker 6 : 1.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001121-10/fragment/page=0005

Provinz Sachsen

+ **Stößen**, 12. Januar. (Einer schrecklichen Blutat) ist in der Nacht zum Freitag das 18jährige Dienstmädchen des Lehrers Glocke zum Opfer gefallen. Als das Ehepaar Glocke in der 11. Stunde in ihre Wohnung im neuen Schulhause kam, lag das Mädchen mit zertrümmerter Schädeldecke in ihrem Blute schwimmend vor der offenen Wohnungstür. Die erste ärztliche Hilfe leistete der sofort herbeigerufene Arzt Dr. Dettler aus Naumburg. Die bei der Mordtat benutzte Axt ist heute morgen in der Nähe des Tatortes gefunden worden. — Die polizeilichen Nachforschungen zur Ermittlung des Täters wurden gestern den ganzen Tag mit großem Eifer fortgesetzt. Am Nachmittag kamen Polizeibeamte aus Naumburg mit dem Spürhund. Der Verdacht der Täterschaft lenkte sich auf den Arbeiter Franz Schultheiß aus Stößen. Eine Durchsuchung der Wohnung wurde vorgenommen und gab einige Anhaltspunkte. Auch die auf dem Eise des Teiches an der Schulstraße aufgefundene Axt, an der sich Haare und Blutspuren befanden, wurde vom Vater des Verdächtigen als sein Eigentum anerkannt. Der Verbrecher selbst aber war nicht aufzufinden. Auch die Angehörigen desselben konnten nur angeben, daß der Sch. sich nach Weißenfels zur Arbeit begeben hätte. Er soll auch in Priestädt, Gröbitz und Prittitz gesehen werden sein. Gegen Abend kam dann die Kunde, daß er sich in der Gegend von Naumburg aufhalte. Daraufhin machten sich die Gebrüder Kaufmann Ludwig auf die Suche und trafen ihn auf der Naumburger Straße. Es gelang ihnen, ihn mit nach Stößen zu locken, wo er dann verhaftet wurde. Von der noch anwesenden Gerichtskommission konnte er dann gleich noch im Gasthof „Zur Pest" vernommen werden. Nach anfänglichem Leugnen gestand er aber, die Tat aus Rache begangen zu haben. Gegen den Täter sollen noch verschiedene gerichtliche Verfahren wegen Diebstahls schweben, weshalb er auch in Weißenfels verhaftet gewesen sein soll. Er wurde sofort ins Gerichtsgefängnis in Naumburg gebracht. — Das beklagenswerte Opfer der schrecklichen Tat ist gestern gegen Mittag, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben, verstorben.

n. **Alten**, 10. Jan. (Ein tapferer Förster.) Vor einigen Tagen beobachtete der Stadtförster Loch an den Feldschonungen drei Wilderer. Er schlich sich an und es gelang ihm auch, einen Wilderer nach heftigem Widerstande zu überwältigen und ihm die Ausrüstung, eine Doppelflinte, eine geladene Armeepistole und ein Prismenglas, abzunehmen. Der Verhaftete ist der wegen Wilderns vielfach vorbestrafte H. Bothe aus Alten. Während des Kampfes mit ihm entkamen seine beiden Spießgesellen, die bisher nicht ermittelt werden konnten.

1. **Zieser**, 10. Januar. (Im Landwirtschaftlichen Verein) hielt Bezirks-Tierzuchtinspektor Gäde-Magdeburg einen Vortrag über „Maßnahmen zur Hebung der Viehzucht". Als Erfolg der interessanten Ausführungen des Redners kann die Gründung einer Bullenhaltungs-Genossenschaft verzeichnet werden. Es traten ihr sofort 23 Mitglieder mit 105 Kühen bei.

z. **Vom Eichsfelde**. 12. Januar. (Niederlage der U. S. P.) Mehrere Niederlagen haben sich auswärtige Unabhängige in letzter Zeit auf dem Eichsfelde geholt. Sie versuchten immer wieder in Versammlungen, Anhänger zu finden, hatten aber nirgends bleibenden Erfolg. In Niederorschel ließ sich ein Redner in der Aussprache zu wüsten Schmähungen des Christentums hinreißen. Eine Menge kräftiger Männer drang auf ihn ein und nur das energische Zureden eines anwesenden christlichen Gewerkschaftssekretärs bewahrte ihn vor einer gründlichen Tracht Prügel.

— **Neustadt** bei Koburg, 12. Januar. (Einen Kampf ums Leben und Tod mit einem Schleichhändler) bestand in der Nacht zum 14. Mai in der Nähe von Reuth bei Mertzguth der Hilfsgendarm Andreas Schoberth. Der verheiratete Glasbläser Herman Danz von Neustadt hatte Lebensmittel aufgekauft und sollte kontrolliert werden. Dabei gab er 6 bis 7 scharfe Schüsse ab und flüchtete schließlich in den Wald. Danz, wegen Diebstahls mit Zuchthaus und wegen Schleichhandels mit 3½ Monaten Gefängnis vorbestraft, wurde jetzt vom Landgericht Bamberg wegen Versuchs zu einem Verbrechen des erschwerten Totschlags zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

— **Leipzig**, 12. Januar. (Handelshochschultagung.) Der Zentral-Ausschuß der Studentenschaften aller deutschen Handels-Hochschulen wird am 15. und 16. Januar seine erste Tagung abhalten, auf der sämtliche deutschen Handelshochschulen vertreten sein werden. Beraten wird u. a. über die Ausländerfrage, Handels-Hochschulreform, Technische Nothilfe.

— **Leipzig**, 12. Januar. (Verstadtlichung der Leipziger Straßenbahn). Eine außerordentliche Generalversammlung der Aktionäre der Großen Leipziger Straßenbahn A.-G. hat am 9. Januar gegen wenige Stimmen das von der Stadt Leipzig gemachte Kaufangebot angenommen. Damit ist die Strafenbahn mit Rückwirkung vom 1. Januar 1919 ab in den Besitz der Stadt übergegangen. Die Abfindung der Aktionäre beträgt etwa 150 Prozent.

Wettervorhersage des amtlichen Wetternachrichtendienstes
Dienstag: Vorübergehend aufklarend, etwas kälter, später wieder milder und Regen.

Stellen-Angebote

Handelslehrer gesucht.
An der kaufmännischen Fortbildungsschule der Stadt Halle sind zu Ostern 1920 mehrere Stellen für Handelslehrer zu besetzen.
Gehalt bei fester Anstellung vom vollendeten 27. Jahre ab 3480 Mark bis 5880 Mark, daneben Teuerungszulagen nach hier bestehenden Grundsätzen. Der endgültigen Anstellung geht eine einjährige Probezeit voraus. Während der Probezeit beträgt das Gehalt 3480 Mk. u. Teuerungszulagen.
Bewerber mit abgeschlossener Ausbildung für das Handelslehramt wollen sich unter Einreichung eines Lebenslaufes und beglaubigter Zeugnisabschriften umgehend melden.
Halle, den 9. Jan. 1920. Der Magistrat.

Suche zum 1. Februar oder 1. März einen fleißigen, jüngeren
Hofverwalter.
Zeugnisse und Gehaltsansprüche an
Diesing. Amt Rothenburg (Saale). Bahnstation Könnern.

Jagdaufseher,
verh., unverdrossen, guter Schütze, mit Geflügelaufzucht vertraut, von größerem Gute für Niederjagd zu sofortigem Antritt gesucht. Nur Fachleute wollen ihre Zeugnisabschriften und Empfehlungen einsenden an die Geschäftsstelle d. Zeitung unter Z. 2412.

Suche zum 1. April ein
junges Mädchen,
welches Lust hat, sich in der Landwirtschaft auszubilden und sich vor keiner Arbeit scheut.
Frau Marie Teitz, Rittergut Friedrichsrode bei Hettstedt am Südharz.

Suche verkäufgew.
Reisenden
z. Bes. v. Privaten i. Halle u. Umg. geg. feste Vergütg. u. Provision. Angeb. mit Lebenslauf unt. H.E. 104 an „Ala", Haasenstein & Vogler, Gr. Ulrichstr. 63.

Lehrling
für Kolonialw.-Großh., mit Einj.-Zeugn., baldigst oder per 1. 4. 20 gesucht. Off. unt. B. E. 2448 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4, erbeten.

Jüngere intelligente
Kontoristin
für leichte Bürearbeiten sofort gesucht.
Otto Thiele, Buch- und Kunstdruckerei, Verlag der Hallescheen Zeitung, Halle-Saale.

Für Februar od. später wird ein
besseres Mädchen
oder einfache Stütze, welche etwas kochen kann, für Küche und Hausarbeit eines kinderlosen Haushaltes in dauernde Stellung gesucht.
Frau Direktor Ernst, Großweikstand am Bahnhof.

Zücht. Hausmädchen
tel. bei hoh. Lohn gesucht.
Rosenkämpchen-Villa, Stolberg, Harz.

Zum 1. März suche für meinen Gutshaushalt in Hedersleben, Bez. Halle, zu meiner Unterstützung
ein junges Mädchen,
das im Kochen u. Wäscheausbessern bewandert ist, bei eventuellem Familienanschluß. Angebote mit Zeugnisabschr. und Gehaltsansprüchen an Frau Martha Herrmann, z. Zt. Baalberge, Anhalt.

Stellen-Gesuche

Dauernde Vertrauensstellung
als Rentmeister sucht streng national. Herr aus besten Kreisen. Derselbe ist 43 J. alt und verheiratet. Suchender ist praktischer Landwirt gewesen, seit 10 Jahren in der inneren Verwaltung tätig und firm in jeder Art Buchführung, Correspondenz u. Abschlüssen. In Amts- und Gutsvorsteherlachen langjährig erfahren. Vorzügliche Zeugnisse und Referenzen stehen zu Diensten. Sicherheit wird auf Wunsch geleistet. Antritt am 1. April 1920 oder später. Angebote unter Z. 2424 an die Geschäftsstelle d. Zeitung erbeten.

Buchhalter
mit langj. Erfahr., auch im Bankfache, abschluß sicher, beste Empfehl., u. Wirkungskr. Anerb. unter Z. 2415 an die Geschäftsstelle d. Zeitung.

Suche Stellung als
Verwalter
auf einem Gute mit intensiver Landwirtschaft. Betrieb mit Samenbau bevorzugt. Bin 27 Jahre, Reit.-Offizier, Sohn eines Landwirtes und seit 1912 in der Saatenzuchtwirtschaft Hans Sachs, Quedlinburg, tätig. Zur Erweiterung und Verwertung meiner Kenntnisse suche passende Stelle zum 1. März od. 1. April.
Max Sachse, Quedlinburg a. H., Badeborneweg 1.

Jg. Frau sucht Heimarbeit auf Perlschnüre.
Gefl. unter Z. 2420 an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Aeltere Dame, 16. J. im Haushalt eines Arztes tätig, sucht 1. 4. oder auch früher Stellung bei älterem Herrn oder Dame. Gefl. Offerten unter Z. 2425 an die Geschäftsst. dies. Ztg. erb.

Miet-Gesuche

Kl. Wohnung in besser. Hause gegen moderne 4 bis 5 Zimmer-Wohnung
zu tauschen.
Hermannstraße 35 III.

Alleinstehende ältere Dame sucht kleine
Wohnung
2 Stuben m. Kochgelegenheit oder Küche zu nehm. oder 1. März. O. Rudo. Königstraße 27 II.

Verkäufe

Sehr gut erhaltener
Glasslandauer sowie Halbverdeck
zu verkaufen. Bei Mutt. wochs. 14. Jan. Freiaut Belleben, Kaiserstr. 8.

Stahldrahtmatratzen für jede Bettstelle nach Maß, Polsterauffl. an Jed. Kat. frei. Eisenmöbelfabrik Suhl i. Thür.

Eiserner Gerbschrank z. verk. Offert. unter Z. 2421 a. d. Geschäftsstelle d. Ztg.

Brennholz
in Oelänge ab Lager und frei Haus.
Louis Kuckelt, G. m. b. H., Königstr. 45. Fernspr. 5564.

Heu
in Waggonladungen liefert
Robert Danziger,
Leipzig, König-Johannstraße 2. Tel. 2618.

Pferde-Verkauf.
1 ält. schweres Arbeitspferd, noch sehr gut auf d. Beinen, Stute, 1 klein. Ostpreuße, 2½ Jahre alt, sehr flotter Gänger, verkauft Lettewitz Nr. 1 (Saalkreis).

Merino-Fleischschaf-Stammschäferei
Schöndorf bei Weimar
(4 km vom Hauptbahnhof Weimar i. Thür.).
Der meistbietende Verkauf von
ca. 80 Jährlingsböcken
(hornlos und gehörnt) findet
Dienstag, den 4. Mai, mittags 1 Uhr statt.
Zuchtleiter: Joh. Heyne, Schäfereidirektor, Leipzig.
Werther, Oberamtmann, Schöndorf bei Weimar.

Holzversteigerung
der Oberförsterei Halle in der Dölauer Heide am Dienstag, den 27. Januar 1920, vormittags 9½ Uhr ab in Leistners Waldhaus b. Bahnhof Heide aus Jagen 87 b (Schlag) und Sammelhieb (Jagen 88 b und 96 a):
835 Kiefern-Stämme I. bis IV. Kl. mit 6616 fm (I. 41. II. 220. III. 237. IV. 118 fm);
274 rm Kiefern-Scheit. 85 rm desgl. Knüppel, 88 rm desgl. Reisig I. Kl.

Maisschlempe
in gekochtem, süßem, nassem Zustande,
bestes Futter für Pferde, Kühe, Schweine, Ziegen,
bei Abschluß Zentner 6 Mk.,
gibt ab
Max Eggert, Halle a. S.,
Thüringerstraße 20.

Kauf-Gesuche

Rittergut
oder größeres Gut zu kaufen gesucht, wenn möglich mit Jagd und Fischerei. Offerten unter L. V. 9465 bei Rudolf Mosse, Leipzig.

Gebrauchte Feldbahngleise
und einige **Muldenkipper zu kaufen gesucht.**
Angebote unter Z. 2422 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Praktischer
Landwirt
sucht ein
Gut
von 100—250 Morgen mit guten Gebäuden bei hoher Anzahlung. Uebernahme jetzt oder später, eventl. Pacht mit Vorkaufsrecht. Angebote mit näheren Angaben unter L. Z. 2415 an Rudolf Mosse, Brüderstraße 4, erbeten.

Zu kaufen gesucht mittl. Gut.
Offerten mit Preis, Anzahlung, Hypoth. usw. unt. L. Z. 9471 an Rudolf Mosse, Leipzig, erbeten.

Suche zu kaufen
Flügel
aus Privatband.
Dipl.-Ing. R. Pfeiffer, Ulestr. 2

Auto, Geldschrank
kaufe. Beschreibg., Preis an P. Janke, Berlin 31, Brunnenstr. 93.

Verpachtungen

Die Bahnhofswirtschaft im Hauptbahnhofe zu Halle (Saale),
verbunden mit einem Bierausschank am Bahnhofsvorplatze, ist zum 1. Juli 1920 neu zu verpachten. Die Pachtbedingungen liegen in unserem Zentralbüro, Thielenstraße 2, Zimmer 263, zur Einsichtnahme aus, können auch von dort gegen portofreie Einsendung von 3 M. in bar — nicht in Briefmarken — bezogen werden. Angebote sind bis zum Eröffnungstermine am 19. Februar 1920, vormittags 10 Uhr, verschlossen und mit der Aufschrift versehen: „Angebot auf Pachtung der Bahnwirtschaft in Halle (S)" postfrei an die unterzeichnete Eisenbahndirektion einzusenden. Die Oeffnung der Angebote findet zum angegebenen Zeitpunkte in Gegenwart etwa anwesender Bieter im Verwaltungsgebäude, Thielenstraße 2 hierselbst, Zimmer 264, statt. Die Gebote können abgegeben werden: a) für die Bahnhofswirtschaft mit Bierausschank, b) für die Bahnwirtschaft allein, c) für den Bierausschank allein. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß zu dem Bierausschank keine Küche und keine Wohnung gehört. Persönliche Vorstellung von Bewerbern nur nach zuvoriger Aufforderung.
Halle (Saale), Januar 1920.
Eisenbahndirektion.

Jagdverpachtung
Die Jagdnutzung der Gemeinde Obermaschwitz soll am
Dienstag, den 27. Jan. d. Js., nachmittags 3 Uhr
im Dammschen Gasthause öffentlich verpachtet werden.
Obermaschwitz, den 12. Jan. 1920.
Der Jagdvorsteher.

Bekanntmachung.

Gemäß Anordnung des Herrn Oberpräsidenten sind sämtliche Pferde für die Abgabe nach dem Friedensvertrage am
Dienstag, den 20. Januar 1920
am Wohnorte der Besitzer einer Kommission vorzuführen.
Die Herren Gemeinde- und Gutsvorsteher sowie Magistrate ersuche ich, dies in ortsüblicher Weise sofort bekannt zu geben und bemerke, daß besondere Verfügung in den nächsten Tagen erfolgen wird.
Halle, den 12. Januar 1920.
Der Landrat des Saalkreises.
J. V.: Haase, Rechnungsrat.

Bekanntmachung.

Kaufmännische Fortbildungsschule.
Oeffentliche und höhere Handelsschul-Abteilungen.

Das neue Schuljahr beginnt am Montag, den 12. April 1920. Anmeldungen zur höheren Handelsschulklasse mit einjährigem Lehrgang und zur öffentlichen Handelsschulklasse mit zweijährigem Lehrgang werden bis zum 30. Januar 1920 an den Werktagen — mit Ausnahme des Sonnabends — von 11—12 Uhr vormittags im Amtszimmer des Direktors, Sophienstraße 37, Eingang Luisenstraße, entgegengenommen.

Für die höhere Handelsschulabteilung ist als Bedingung für die Aufnahme mindestens zu fordern:
1. das Zeugnis darüber, daß eine vollentwickelte anerkannte Mittelschule bis zum Schluß besucht und im Deutschen sowie in einer Fremdsprache das Prädikat „Gut" erreicht ist, oder
2. der Nachweis einer gleichwertigen Ausbildung, oder
3. der Besitz des Reifezeugnisses für die Obersekunda einer höheren Lehranstalt.

In die öffentliche Handelsschule dürfen nur solche Knaben aufgenommen werden, die eine gut abgeschlossene Volksschulbildung besitzen. Diese ist in der Regel durch eine Aufnahmeprüfung nachzuweisen. Von der Prüfung können solche Schüler befreit werden, die das Ziel der obersten Klasse der Volksschule in Halle oder eine andere gleichwertige Ausbildung erreicht haben.

Das Schulgeld beträgt für die höhere Handelsschulabteilung jährlich 300 Mk., für die öffentliche Handelsschulabteilung jährlich 200 Mk. Außerdem sind je 3.00 Mk. Aufnahmegebühren zu entrichten.

Nähere Auskunft erteilt der Direktor.
Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Arbeitskarten.

Nach § 11 des Reichsgesetzes vom 30. März 1903 bedürfen bis zur Schulentlassung einer Arbeitskarte alle Knaben und Mädchen, die als fremde Kinder im Sinne des Gesetzes nicht blos gelegentlich mit einzelnen Dienstleistungen beschäftigt werden sollen. Für Kinder, die das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, dürfen Arbeitskarten nur dann ausgestellt werden, wenn sie Beschäftigung bei Theatervorstellungen mit höherem Kunstinteresse suchen.

Die Arbeitskarten fertigt das für die Wohnung des Kindes zuständige **Polizeirevier** aus, jedoch nur für solche Kinder, die hier ihren letzten dauernden Aufenthalt gehabt haben. Der Antrag ist entweder von dem **gesetzlichen Vertreter** des Kindes persönlich zu stellen **oder es ist die schriftliche und die beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters im Polizeirevier vorzulegen.** Außerdem ist die **Geburtsurkunde** oder der **Taufschein** oder das **Familienstammbuch** mitzubringen.

Die Aushändigung der Arbeitskarte erfolgt nur an den gesetzlichen Vertreter, gegebenenfalls an den Arbeitgeber des Kindes.

Die Arbeitskarten werden **kosten- und stempelfrei** ausgestellt.
Halle, den 5. Januar 1920.
Die Polizeiverwaltung.

Bis zu 4% Zinsen
für Spareinlagen; 3½% bei tägl. Künd. — Sicherung durch Stichwort. — 3% Zinsen im Scheck- und Kontokorr.-Verkehr, (spesenfrei). — Vermietung von Schließfächern — Postscheckkonto Leipzig 33922 — Reichsbank-Girokonto Eisleben.
Sparkasse des Mansfelder Seekreises,
Zweigstelle Zappendorf.

Geldverkehr

150 000 Mk.
auf erste Ackerhypothek zu 4% lange unkündbar sofort oder 1. April d. J. auszuleihen. Meldung unter A. S. 150 postlagernd Halle erbeten.

Heirat

Suche f. Verm., 26 jähr., intell. Berufsfaulwirt, ev., statt. Erchg., energ., vorn. Char., Abit., mus. Bildg., m. 60000 M. Verm., gewissenhaft. Wirtschaft. erz. junge Dame m. entspr. Verm. zu Lebensgefährtin. Eventl. Heirat angenehm. Vermittl. nur bch. Verm. erw. Strengste geg. disk. Zuschr. möglichst Bild u. L. 2423 a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Bankhaus Paul Schauseil & Co., Halle a. S., Bitterfeld, Delitzsch, Eilenburg, Gräfenhainichen.
An- und Verkauf von Wertpapieren. Einlösung von Zinsscheinen. Verzinsung von Geldeinlagen. Conto-Corrent- und Wechsel-Verkehr etc.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192001121-10/fragment/page=0006